

OA-UPDATE SANKTIONEN

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

seit dem letzten Update im Oktober hat sich einiges ereignet. Besonders einschneidend sind dabei neue US-Finanzsanktionen, die Ende Oktober und im November anlässlich von 1.000 Tagen Krieg gegen die Ukraine veröffentlicht wurden. Seit dem 21. November ist es US-amerikanischen Unternehmen, Banken und Bürgern untersagt, mit mehr als 50 russischen Banken und deren ausländischen Töchtern Geschäfte zu tätigen. Dazu zählt auch die Gazprombank, die EU-Länder zuletzt noch für die Abwicklung ihrer Energiegeschäfte mit Russland nutzten. Da die US-Sanktionen sich über den Dollar auch auf Drittländer auswirken, müssen sich die internationalen Finanzmärkte neu orientieren. Zwar sieht das US-Finanzministerium einige Ausnahmen für Transaktionen in den Bereichen Landwirtschaft, Gesundheitswesen und Energie vor. Es häufen sich aber Meldungen, nach denen Russlands Handel massiv gestört ist und selbst Banken in China ihre Beziehungen mit russischen Finanzinstituten abbrechen, zumal die US-Behörden auch Bankgeschäfte über das alternative russische Zahlungssystem SPFS ins Visier genommen haben. Der Rubelkurs ist als Folge der Maßnahmen deutlich eingebrochen.

Die EU befindet sich aktuell in der Neuaufstellung: Im Dezember werden die neuen Kommissare ihre Arbeit aufnehmen. Die Diskussionen zum 15. Sanktionspaket, mit dem spätestens bis zum 3. Jahrestag des russischen Überfalls auf die Ukraine am 24. Februar 2025 gerechnet wird, laufen aber bereits. Den Stand der Dinge haben wir im EU-Kapitel zusammengestellt. Ein Schwerpunkt könnte auf neuen Rohstoffsanktionen (Düngemittel/ Lebensmittel/Titan/LNG) liegen. Noch vor Weihnachten könnten zudem neue Sanktionen gegen die russische Tankerschattenflotte veröffentlicht werden.

Wie immer freuen wir uns über Feedback oder ergänzende Hinweise zum Ost-Ausschuss-Update Sanktionen und wünschen Ihnen eine besinnliche Adventszeit!

Ihre Redaktion

**OA-Update 2024/13
Stand: 29. November**

Inhalt

- [1. Ost-Ausschuss](#)
- [2. Deutschland](#)
- [3. Europäische Union](#)
- [4. Russland](#)
- [5. USA](#)
- [6. Weitere Länder](#)
- [7. Blick über den Tellerrand](#)
- [8. Termine](#)
- [9. Tipps & Links](#)

1. Ost-Ausschuss

Auswirkungen der Sanktionen gegen die Gazprombank u.a.

Um besser die Folgen der US-Finanzsanktionen vom 21. November (siehe Kapitel USA) auf die deutsche Wirtschaft abschätzen zu können, bitten wir Sie um Rückmeldungen zu entsprechenden Beobachtungen. Eine Zusammenfassung der Beobachtungen wird an unsere Kollegen von Business Europe in Brüssel gehen, die ihrerseits europäische Wirtschaftsverbände um Kommentare für Gespräche mit der EU-Kommission gebeten haben. Die Gazprombank als letzte große russische Staatsbank sowie ihre Töchter in der Schweiz, Zypern und Luxemburg wurden von der EU bislang bewusst nicht vom SWIFT-System abgekoppelt, um u.a. noch laufende Energiegeschäfte mit Russland abwickeln zu können. Kontakt im Ost-Ausschuss: Andreas Metz, A.Metz@oa-ev.de

Große Ostmitteleuropa-Umfrage des Ost-Ausschusses und KPMG – Jetzt beteiligen!

Mit Blick auf 2025 führt der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V. gemeinsam mit der KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft erstmals eine große Umfrage zum Geschäftsklima deutscher Unternehmen in den östlichen EU-Mitglieds- und Beitrittsländern durch. Wir laden alle in der Region tätigen Mitgliedsunternehmen ein, uns ihre Erfahrungen, Strategien und Erwartungen für die Region Mittel- und Osteuropa (MOE) mitzuteilen.

Die Themen der branchenübergreifenden Befragung reichen von der aktuellen Geschäftslage über zukünftige Investitionsabsichten bis hin zu den Vor- und Nachteilen einzelner Standorte.

Ihre Teilnahme ist für uns sehr wichtig!

Mit Ihrer Teilnahme können Sie dazu beitragen, Trends und Potenziale in Mittel- und Osteuropa sichtbar zu machen. Sie tragen damit zu einer umfassenden Marktanalyse bei, deren Ergebnisse wir selbstverständlich allen Teilnehmenden zur Verfügung stellen. Die Ergebnisse der Studie sollen Entscheidungsträgern in Wirtschaft und Politik helfen, die Rahmenbedingungen für ausländische Investitionen weiter zu verbessern.

Für die Arbeit des Ost-Ausschusses ist Ihre Einschätzung des wirtschaftlichen Klimas und der Rahmenbedingungen in Mittel- und Osteuropa von großer Bedeutung. Ihr Feedback hilft uns, aktuelle Trends zu erkennen, unsere Arbeit an Ihren Bedürfnissen auszurichten und für eine weitere Verbesserung der Rahmenbedingungen in Mittel- und Osteuropa einzutreten.

Das Ausfüllen des Fragebogens (Englisch) dauert etwa zehn Minuten.

Zum Fragebogen geht es hier: [German-CEE Business Outlook 2025](#)

Die Umfrage ist anonym, und Ihre Daten werden sicher auf einem KPMG-Server in Deutschland gespeichert. Ihre Antworten sind nicht mit Ihrer Person verknüpfbar, es sei denn, Sie teilen persönliche Informationen in den Kommentarfeldern. Die Ergebnisse werden anonym und zusammengefasst ausgewertet. Weitere Informationen zum Datenschutz bei KPMG finden Sie unter diesem [Link](#).

Osthandel in den ersten neun Monaten 2024: Russland-Geschäft weiter im Sinkflug

In den ersten neun Monaten 2024 verzeichnete der deutsche Handel mit Russland weiterhin starke Rückgänge, während sich der Handel mit der Ukraine auf einem neuen Rekordniveau bewegt und am Russlandhandel vorbeizog.

Von Januar bis September wurden mit Russland Waren im Wert von rund sieben Milliarden Euro gehandelt, ein Minus von rund 29 Prozent. Die Importe aus Russland sanken um 53 Prozent auf nur noch 1,4 Milliarden Euro, die deutschen Exporte lagen bei 5,7 Milliarden Euro, ein Minus von 18 Prozent. Der deutsch-ukrainische Handel stieg hingegen im genannten Zeitraum um 17 Prozent auf 8,3 Milliarden Euro. Sowohl die Exporte in die Ukraine (+22,6 Prozent, als auch die Importe (+15 Prozent) nahmen deutlich zu. Hier die gesamte Handelstabelle für die Ost-Ausschuss-Länder auf Basis der Zahlen des Statistischen Bundesamts:

[Statistiken | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

2. Deutschland

Moskau weist deutsche Journalisten aus

Wegen der Ausweisung zweier ARD-Mitarbeiter durch die russischen Behörden hat das Auswärtige Amt den russischen Botschafter in Berlin einbestellt. Es handelt sich um den Korrespondenten Frank Aischmann und einen Techniker. „Die Ausweisung der ARD-Mitarbeiter durch Russland ist inakzeptabel und die Begründung schlicht falsch und gelogen. Wir verurteilen das in aller Deutlichkeit“, sagte Außenministerin Annalena Baerbock. Sie warf Russland vor, eine „Propagandaschlacht mit falschen Behauptungen“ zu führen.

Die russische Regierung sprach bei dem Vorgehen von einer „Vergeltungsmaßnahme“ wegen der Schließung eines russischen Senders in Deutschland. Diese hat es jedoch in dieser Form nicht gegeben. Es ging dagegen laut Bundesregierung darum, dass das Land Berlin Aufenthaltserlaubnisse für einige Journalisten russischer Medien verweigert bzw. nicht weiter verlängert hatte. Betroffen sind Mitarbeiter der Medien Ruptly GmbH als Teil des Propaganda-Senders RT, der Nachrichtenagentur Rossiya Segodnya und der russische staatliche TV-Sender 1. Kanal.

[Moskau weist zwei ARD-Journalisten aus: Baerbock bestellt russischen Botschafter ein](#)

[Russland: Wie es zu der Ausweisung der beiden ARD-Journalisten kam - DER SPIEGEL](#)

Ablehnung von russischem LNG an deutschen Terminals

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) hat laut einem Bericht der Financial Times und des Business Insider den Terminal-Betreiber Deutsche Energy Terminal GmbH (DET) angewiesen, kein Flüssigerdgas (LNG) aus Russland mehr anzunehmen. Die Financial Times zitiert dabei aus einem Brief des Ministeriums an den Terminalbetreiber. Das Schreiben wurde verschickt, nachdem das Unternehmen eine russische Ladung in seiner Importanlage in Brunsbüttel in Empfang nehmen sollte, berichtet die FT. Insgesamt sollen alle vier deutschen LNG-Terminals aufgefordert worden sein, keine russischen LNG-Lieferungen mehr anzunehmen. Bei dem Verbot gehe es um übergeordnete Interessen Deutschlands, heißt es.

[Bericht: Ministerium weist deutsche Häfen an, russisches LNG zurückzuweisen - Business Insider](#)

Konflikt mit Gazprom: Uniper überweist eine halbe Milliarde Euro an die Bundesregierung

Zum ersten Mal wurden in der Europäischen Union Gelder, die Gazprom geschuldet werden, im Rahmen eines milliardenschweren Rechtsstreits gegen das russische

Unternehmen wegen der Einstellung der Gaslieferungen im Jahr 2022 beschlagnahmt. Dies berichtet die Moscow Times. Das deutsche Unternehmen Uniper, ehemals Deutschlands größter Abnehmer von russischem Gas, erhielt und übergab 530 Millionen Euro an die Bundesregierung „im Rahmen eines Rechtsstreits mit Gazprom über Schadensersatz“, berichtete die Nachrichtenagentur Reuters unter Berufung auf Uniper. Diese Gelder erhielt der deutsche Fiskus als Entschädigung für die finanzielle Unterstützung, die die deutsche Regierung Uniper zukommen ließ, als das Unternehmen ohne einen wichtigen Gaslieferanten dastand und beinahe in Konkurs gegangen wäre. Insgesamt wurden 2022 mehr als 13,5 Milliarden Euro für die Rettung des Unternehmens bereitgestellt.

Ende 2022 reichte das deutsche Unternehmen eine Klage gegen Gazprom ein, in der es Schadenersatz für die Verletzung vertraglicher Verpflichtungen forderte. Im Juni 2024 gab das Stockholmer Schiedsgericht der Klage statt und verpflichtete Gazprom zur Zahlung von 14 Milliarden Dollar zugunsten von Uniper, woraufhin das deutsche Unternehmen alle Verträge mit ihm kündigen und alle Verpflichtungen aufheben konnte.

Bei dem Geld, das auf die Konten der deutschen Regierung überwiesen wurde, handelt es sich um eine Zahlung von Uniper an Gazprom für August 2022, sagte Jutta Donges, Finanzchefin des deutschen Konzerns, laut Moscow Times. Uniper hatte diese Gelder nicht an Gazprom überwiesen, weil sich Gazprom weigerte, Gas in den vertraglich vereinbarten Mengen zu liefern, und nach dem Sieg im Stockholmer Schiedsverfahren berechtigt war, sie zur Rückzahlung seiner Verpflichtungen gegenüber der Regierung zu verwenden.

Insgesamt haben laut Informationen der Moscow Times mindestens 19 Unternehmen aus elf europäischen Ländern den russischen Gasmonopolisten wegen Verletzung von Gasverträgen verklagt, die Gesamtsumme belaufe sich auf 18,6 Milliarden Euro. Neben der größten Forderung von Uniper (14 Milliarden Dollar) fordert RWE, ein weiterer deutscher Gasimporteur, der 1 Milliarde Kubikmeter pro Jahr erhalten hat, rund eine Milliarde Dollar von Gazprom.

Geldwäscheverfahren gegen Alischer Usmanow eingestellt

Der russisch-usbekische Oligarch Alischer Usmanow hat einen juristischen Erfolg errungen. Die Frankfurter Staatsanwaltschaft stellte ihr Verfahren wegen Geldwäsche gegen den Milliardär gegen die Zahlung einer Auflage von vier Millionen Euro ein. Dies berichtete Spiegel-Online am 4. November. 1,5 Millionen Euro seien von Usmanow an mehrere gemeinnützige Einrichtungen, 2,5 Millionen Euro an die Staatskasse zu zahlen, teilte Oberstaatsanwalt Georg Ungefuk mit. Berücksichtigt habe man bei der Entscheidung, dass durch die vorgeworfenen Taten weder der Bundesrepublik und dem Land Hessen noch jemand anders im Inland ein finanzieller Schaden entstanden sei und die mutmaßlichen Straftaten bereits längere Zeit zurücklägen. „Wir begrüßen die Entscheidung der Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt am Main, ihre Ermittlungen gegen Alischer Usmanow einzustellen“, erklärten Usmanows Anwälte.

Mann aus Baden-Württemberg wegen Sanktionsumgehung verurteilt

Weil er einem russischen Waffenhersteller trotz Handelsbeschränkungen Maschinen zur Produktion von Scharfschützengewehren verkauft hat, verurteilte das Oberlandesgericht Stuttgart einen 56 Jahre alten Mann zu einer Freiheitsstrafe von sieben Jahren. Dies berichtet Spiegel-Online. Der Geschäftsführer einer Firma in Baden-Württemberg habe in mehreren Fällen gegen das Außenwirtschaftsgesetz verstoßen, teilte das Gericht mit. Der Angeklagte legte in dem mehrmonatigen Verfahren kein Geständnis ab. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.

Der Mann hatte nach früheren Angaben der Bundesanwaltschaft ein Unternehmen für die Produktion und den Handel moderner Werkzeugmaschinen geleitet und pflegte langjährige Geschäftsbeziehungen zu russischen Waffenproduzenten. Obwohl die Europäische Union 2014 wegen der russischen Annexion der Krim umfangreiche Handelsbeschränkungen verhängte, schloss der Mann den Angaben nach im Frühjahr 2015 Verträge mit dem russischen Waffenproduzenten über die Lieferung von insgesamt sechs Werkzeugmaschinen ab. Die Lieferung der Maschinen wurde verschleiert, wie das Gericht mitteilte. Einmal seien die gebrauchten Werkzeugmaschinen über ein Drittunternehmen aus der Schweiz nach Russland gelangt. Eine weitere Maschine sei über Litauen ausgeführt worden. Dabei soll der Mann die Behörden jeweils über den wahren Verwendungszweck und den Empfänger der Maschinen getäuscht haben.

[Stuttgart: Unternehmer verkaufte Maschinen an russischen Waffenhersteller – sieben Jahre Gefängnis - DER SPIEGEL](#)

Kreml will Knauf-Geschäft in Russland an Oligarchen veräußern

Der Baumaterial- und Gipshersteller Knauf hatte im April angekündigt, sich von seinem Geschäft in Russland zu trennen und es an das lokale Management zu verkaufen. Nach Informationen der Wirtschaftswoche ist der Verkauf aber bislang nicht vorangekommen. Aus Unternehmenskreisen heißt es, der Kreml habe dem Konzern verboten, das Geschäft an die lokalen Mitarbeiter zu verkaufen.

Die russische Regierung schätze es nicht, aus der Zeitung oder aus Pressemitteilungen zu erfahren, dass ausländische Konzerne das Land verlassen, berichten hochrangige Knauf-Manager. Putins Regime plane stattdessen den Verkauf des russischen Geschäfts des Baustoffriesen an einen linientreuen Oligarchen. Im Knauf-Vorstand rechnet man laut Wirtschaftswoche frühestens Mitte 2025 mit einem möglichen Verkauf, stellt sich aber auch auf einen deutlich späteren Zeitpunkt ein.

Knauf ist seit mehr als 30 Jahren in Russland aktiv und setzte dort zuletzt jährlich deutlich über eine Milliarde Dollar um. Knauf darf die erwirtschafteten Gewinne allerdings offenbar nicht nach Europa überweisen. Die russische Regierung würde dem Unternehmen entsprechende Transfers untersagen, heißt es aus dem Unternehmen. Eine Sprecherin sagte auf Anfrage der Wirtschaftswoche: „Der Verkaufsprozess ist nach allem, was wir bisher wissen, kompliziert und langwierig und hängt von Parametern ab, die wir

nicht beeinflussen können.“ Ablauf und Dauer des Prozesses würden „maßgeblich von der russischen Regierung“ bestimmt. Daher sei eine realistische Abschätzung der Dauer sehr schwierig.

[Knauf: Verkaufspläne für Russlandgeschäfte sind erst mal vom Tisch \(wiwo.de\)](#)

Fraport darf Anteile an Flughafen in St. Petersburg verkaufen

Die Fraport AG aus Frankfurt am Main darf ihre Beteiligung am Flughafen Pulkovo in St. Petersburg verkaufen. Russlands Präsident Wladimir Putin hat ein entsprechendes Dekret unterzeichnet. Als Käufer wird Orbit Aviation genannt, bei dem es sich vermutlich um eine Flugzeug-Leasinggesellschaft aus den Vereinigten Arabischen Emiraten handelt. Das Volumen der geplanten Transaktion ist nicht bekannt. Der Wert seiner 25 Prozent-Beteiligung an Pulkovo wurde 2022 auf 111 Millionen Euro geschätzt. Ausländische Unternehmen sind jedoch gezwungen, um mindestens 50 Prozent unter Marktpreis zu verkaufen.

[Распоряжение Президента Российской Федерации от 25.10.2024 № 346-рп ·
Официальное опубликование правовых актов](#)

Haftbefehl wegen Embargoverstoßes vollstreckt

Am 29. Oktober 2024 hat das Zollfahndungsamt Essen in Nürnberg einen Haftbefehl gegen einen russischen Staatsangehörigen vollstreckt, wie der Zoll in einer Pressemitteilung informiert. Der Beschuldigte steht demnach im Verdacht, gegen das Außenwirtschaftsgesetz verstoßen zu haben. Er soll als Teil eines internationalen Netzwerks sein in Deutschland ansässiges Unternehmen dazu benutzt haben, entgegen den bestehenden Sanktionen maritime Güter für die Endverwendung in Russland beschafft zu haben.

Es wurden insgesamt sechs Objekte in Nürnberg, Frankfurt am Main, Groß-Umstadt und am Flughafen Frankfurt-Hahn durchsucht und umfangreiche Beweismittel sichergestellt. Unterstützt wurde das Zollfahndungsamt Essen durch weitere Kräfte der Zollfahndungsämter Frankfurt am Main und München.

Die Ermittlungen des Zollfahndungsamts Essen im Auftrag der Staatsanwaltschaft Frankfurt am Main dauern an.

[Zoll online - Pressemitteilungen - Haftbefehl wegen Embargoverstoßes vollstreckt](#)

3. Europäische Union

Öl, Tanker, LNG, Zölle, Titan - Planungen zum 15. Sanktionspaket der EU laufen an

Verschiedene Medienberichte, die wir hier für Sie zusammengefasst haben, berichten über die Vorbereitungen für ein größeres, 15. Sanktionspaket der EU gegen Russland, das im Frühjahr 2025 verabschiedet werden soll. Wahrscheinlich ist zudem, dass sich die EU noch vor Weihnachten auf kleinere Maßnahmen verständigt und dabei gezielt gegen einzelne Personen sowie russische Tanker vorgeht, die als Schattenflotte Rohöl unter anderem über die Ostsee transportieren. Großbritannien hat bereits im November neue Maßnahmen in diesem Bereich vorgelegt.

Wie Politico unter Berufung auf europäische Diplomaten berichtet, sind die EU mit den derzeitigen Sanktionen unzufrieden: „Wir müssen erkennen, dass das Sanktionsregime nicht so funktioniert, wie es sollte - es gibt Probleme mit Flüssigerdgas, es gibt Probleme mit Öl, es gibt Probleme mit bestimmten Waren.“

Im Januar wird die EU-Ratspräsidentschaft von Ungarn auf Polen übergehen. Laut Politico plane Polen, seine Präsidentschaft zu nutzen, um die Transparenz der russischen Treibstofflieferungen nach Europa zu erhöhen. Der ungarische Premierminister Viktor Orban hat nach Angaben von Politico hingegen die Diskussion über Sanktionen während der ungarischen Ratspräsidentschaft behindert.

Erhöhung von Einfuhrzöllen

Acht EU-Länder sind laut Medienberichten mit dem Vorschlag an die Europäische Kommission herangetreten, die Zölle auf russische Waren zu erhöhen, um die Ukraine zu unterstützen“. Im Sommer hatte die EU „prohibitive Zölle“ auf Getreide aus Russland verhängt. Putin sagte, dass „die Welt Russland braucht“.

Schweden, Dänemark, Finnland, Irland, Estland, Lettland, Litauen und Polen haben einen Brief an die Europäische Kommission mit Vorschlägen zur Erhöhung der Einfuhrzölle auf Waren aus Russland geschickt, so die schwedische Regierung.

„Wir müssen mehr tun, um die Ukraine zu unterstützen und wirtschaftlichen Druck auf Russland auszuüben. Es ist zu hoffen, dass wir durch unsere Zusammenarbeit die russischen Exporte in die EU erschweren und die russische Wirtschaft schwächen können. Deshalb drängt Schweden zusammen mit gleichgesinnten Ländern darauf, dass die EU-Kommission einen Vorschlag zur Ausweitung der Einfuhrzölle auf Waren aus Russland vorlegt“, sagte der schwedische Minister für Entwicklungshilfe und Außenhandel Benjamin Dousa. In dem Bericht wird darauf hingewiesen, dass die USA, das Vereinigte Königreich, Kanada, Australien und Neuseeland bereits hohe Zölle auf Produkte aus Russland erhoben haben und die EU dies ebenfalls tun könnte.

Die Erhöhung der Zölle auf russische Waren im Zusammenhang mit der Militäroperation in der Ukraine begann im Jahr 2022. Vor allem die USA und Kanada haben sie auf 35 % erhöht. Auch Russland greift zu ähnlichen Maßnahmen: In diesem Sommer verhängte es ebenfalls 35-prozentige Zölle auf einige Süßwaren aus unfreundlichen Ländern.

Ende Mai dieses Jahres beschloss die EU „prohibitive Zölle“ auf Getreideeinfuhren aus Russland. Die Zölle wurden auf Getreide, Ölsaaten und verarbeitete Produkte angehoben, um die Einfuhren nahezu zum Stillstand zu bringen“. Die Financial Times (FT) berichtete, dass sich die Zölle auf 95 € pro Tonne Getreide belaufen würden. Die Maßnahmen traten im Juli in Kraft.

Die Europäische Kommission schätzte die Lieferungen von russischem Getreide in die EU bis Ende 2023 auf 1,3 Milliarden Euro. Die Financial Times schrieb, dass sich die Einfuhren auf eine Rekordmenge von vier Millionen Tonnen Getreide und Ölsaaten sowie deren Derivate beliefen. Dies entspricht etwa 1 Prozent des Gesamtverbrauchs dieser Waren in den EU-Ländern.

US-Flüssiggas statt LNG aus Russland

Die Chefin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, hat in einem Telefongespräch mit Donald Trump vorgeschlagen, russische Flüssigerdgaslieferungen (LNG) durch günstigeres US-Gas zu ersetzen. „Wir importieren immer noch eine Menge LNG aus Russland. Warum ersetzen wir es nicht durch amerikanisches LNG, das für uns billiger ist und die Energiepreise senkt“, erläuterte sie ihre Position gegenüber Journalisten.

Von der Leyen betonte auch, dass die EU nach Trumps Amtsantritt als Präsident versuchen werde, die Handelskooperation mit den USA auszubauen und gemeinsame Interessen zu verfolgen. Nach Angaben von ACER, der Agentur, die die Zusammenarbeit im Energiebereich in der EU regelt, ist der Anteil des russischen LNG an den EU-Importen in der ersten Hälfte des Jahres 2024 auf 20 Prozent gestiegen, gegenüber 14 Prozent im Vorjahr. In der Zwischenzeit macht US-amerikanisches LNG stets etwa 45 Prozent der Importe aus.

Politico berichtete im Oktober, dass Brüssel plant, die Möglichkeiten der EU-Länder, russisches LNG zu kaufen, im Rahmen des bevorstehenden 15ten Sanktionspakets weiter einzuschränken. Das vorherige Paket, das 2025 in Kraft treten wird, verbietet bereits jegliche Wiederausfuhr von russischem LNG durch die EU in Drittländer.

Der größte Empfänger von russischem LNG zwischen September 2023 und September 2024 war laut Kpler der belgische Hafen Zeebrugge mit Importen in Höhe von 5,2 Millionen Tonnen. Was die Länder anbelangt, so lag Frankreich in diesem Jahr mit 4,3 Millionen Tonnen in seinen beiden Häfen seit Anfang 2024 an der Spitze, noch vor Spanien und Belgien, die im letzten Jahr auf Platz 1 bzw. 2 lagen.

Trotz des Drucks von Ländern wie Belgien und den Niederlanden werde es nicht einfach sein, ein europaweites Embargo für LNG aus Russland zu erreichen, da nicht alle Länder diese Idee unterstützen: Ungarn zum Beispiel blockiert ständig Maßnahmen zur Reduzierung der Einfuhren russischer Kohlenwasserstoffe. Zudem wurde bekannt, dass russische Schiffe zum Transport von LNG offenbar in Frankreich und Dänemark gewartet werden. Dass Schiffe aus dem LNG-Projekt im sibirischen Jamal offenbar in der Bretagne gewartet werden, verstoße zwar nicht gegen EU-Vorschriften, verdeutliche aber die anhaltende Bindung Europas an russische Energielieferungen und dessen LNG-Industrie,

heißt es in einem Bericht, aus dem die Berliner Zeitung zitiert. Die Wartung der Jamal-Flotte in Brest werde von der Damen-Gruppe übernommen, heißt es im Bericht. Das niederländische Unternehmen, das für sein Know-how im Bau von Kriegsschiffen bekannt ist, verfüge vor Ort über drei Trockendocks. Es seien bereits zehn russische Schiffe seit Beginn der russischen Invasion in der Ukraine 2022 in der Hafenstadt gewartet worden. Acht dieser Schiffe sollen dabei zur LNG-Tankerflotte gehören, die Gas von Jamal LNG in der russischen Arktis transportiert.

Sanktionen gegen Tankschiffe

Diskutiert werden in Brüssel auch stärkere Maßnahmen gegen Russlands Umgehung der Ölsanktionen und den Einsatz alter Tanker, die jederzeit eine Umweltkatastrophe auslösen können. Im neuen Jahr könnten die Anforderungen für die Durchfahrt solcher Schiffe durch europäische Gewässer verschärft werden.

Das Europäische Parlament bereitet die Verabschiedung einer Entschließung über die Einführung „gezielter“ Maßnahmen gegen Tanker der russischen Schattenflotte vor. Das Dokument, das auf breite Zustimmung stößt, fordert ein „systematisches Durchgreifen bei Sanktionen“ gegen Schiffe, die russisches Öl transportieren, eine verstärkte Satellitenüberwachung und „gezielte Inspektionen“, schreibt Politico, das sich mit dem Entwurf vertraut gemacht hat. Die Abgeordneten schlagen außerdem vor, dass solche Schiffe bei der Durchfahrt durch EU-Gewässer eine angemessene Versicherung vorweisen müssen. Nach Informationen von Bloomberg sollen mehr als 45 Öltanker betroffen. Nach Angaben der Agentur sollen die neuen Maßnahmen auch ein Einreiseverbot für etwa 50 Personen und das Einfrieren der Vermögenswerte von etwa 30 Organisationen umfassen. Aus den vom Autor des Artikels zitierten Dokumenten geht hervor, dass die Europäische Kommission im Rahmen des 15. Sanktionspakets plant, russischen Öltankern das Einlaufen in europäische Häfen und den Zugang zu „riskanten Transporten“ zu untersagen. Gleichzeitig wurde betont, dass die endgültigen Beschränkungen noch in der Diskussion sind und nachträglich geändert werden können.

Nach Angaben des CSE liefert die Schattenflotte 70 Prozent des Öls und der Ölprodukte aus Russland, nach Angaben des Centre for Energy and Clean Air Research sogar 80 Prozent. Normalerweise versuchen westliche Reedereien, Tanker nach 15 Jahren Betrieb loszuwerden, aber Benjamin Hilgenstock, ein Experte für Ölsanktionen an der Kiev School of Economics (KSE), schätzt, dass das Durchschnittsalter der Schiffe in Russlands Schattenflotte 18 Jahre beträgt. Sie „fahren mehrmals täglich durch europäische Gewässer, einschließlich der Ostsee und des Mittelmeers, und es gab bereits mehrere Pannen“, erinnert Hilgenstock.

Die EU kann diese Schiffe allerdings nicht einfach aus ihren Gewässern verbannen, erklärte die Europäische Kommission in ihrer schriftlichen Antwort vom Mai an die Europaabgeordneten Pernille Weiss (EVP) und Niels Fuglsang (S&D), die Fragen zur russischen Schattenflotte in den Gewässern der Union gestellt hatten.

Gemäß dem UN-Seerechtsübereinkommen (UNCLOS) haben Schiffe das Recht auf friedliche Durchfahrt, was ihnen erlaubt, „frei in Territorialgewässern zu navigieren“, zitiert Euractiv aus der EU-Antwort. „Es gibt erhebliche Herausforderungen, die verhindern, dass Schiffe der Schattenflotte in Territorialgewässern oder ausschließliche

Wirtschaftsgebiete eindringen“, schrieb demnach die derzeitige Kommissarin für Finanzdienstleistungen und Stabilität, Mairead McGuinness.

Ein weiteres Problem betreffe Nicht-EU-Staaten, die weiterhin russisches Öl nachfragen und den Konflikt in der Ukraine als europäisches Problem betrachten.

In diesem Zusammenhang erklärte der ungarische Abgeordnete András László (PfE), dass „die Idee, gegen einen Energieriesen zu kämpfen, Wahnsinn sei“ und fügte hinzu, dass „abgesehen von den westlichen Ländern keine anderen sich den Sanktionen angeschlossen haben.“

Titan und Palladium

Diskussionen gibt es zudem über Sanktionen gegen Titan und Palladium russischer Herkunft, die von den USA ins Spiel gebracht werden, berichtet Bloomberg unter Berufung auf eine Quelle. Der Vorschlag sei bei einem Treffen der stellvertretenden Finanzminister der G7-Staaten (G7: USA, Großbritannien, Deutschland, Frankreich, Italien, Kanada, Japan) in Washington unterbreitet, das der Fortsetzung eines Gesprächs über Möglichkeiten zur Dämpfung der russischen Wirtschaft diene.

Die USA haben das russische Unternehmen VSMPO-AVISMA bereits auf die Liste der Ausfuhrbeschränkungen des Handelsministeriums gesetzt, importieren aber weiterhin russisches Palladium, da Norilsk Nickel rund 40 Prozent der weltweiten Produktion dieses Metalls auf sich vereint.

Die europäischen Länder haben aus Angst vor einer Destabilisierung der Versorgung von solchen Entscheidungen Abstand genommen. Im Jahr 2019 ging fast die Hälfte (45 Prozent) der russischen Titanexporte in die Europäische Union; diese Lieferungen machten in diesem Jahr einen Anteil von 19 Prozent aller EU-Titanimporte aus.

Weitere Personensanktionen und Sanktionen gegen China?

Wie Radio Liberty unter Berufung auf einen Dokumententwurf berichtet, soll die EU-Kommission auch vorgeschlagen haben, Visaverbote und das Einfrieren von Vermögenswerten für chinesische Unternehmen und Bürger einzuführen, die russische Firmen unterstützen, die mit Russlands Militäraktionen in der Ukraine in Verbindung stehen. Die in dem Entwurf skizzierten neuen Maßnahmen sollen ebenfalls Teil des 15. Sanktionspakets sein. Mit diesem Paket sollen unter anderem die Vermögenswerte von sechs chinesischen Unternehmen eingefroren sowie die Ausstellung von Visa für einen chinesischen Staatsbürger und andere Organisationen untersagt werden.

Die EU hat bereits früher im Rahmen ihres Vorgehens gegen die Umgehung von Beschränkungen Sanktionen gegen chinesische Unternehmen verhängt, schreibt die Moscow Times, doch beschränkten sich diese Maßnahmen auf Verbote, die europäische Unternehmen daran hinderten, Geschäfte mit diesen Firmen zu tätigen. Die vorgeschlagenen Maßnahmen sind der erste Versuch, chinesische Unternehmen und Bürger auf eine schwarze Liste zu setzen und sie mit Visumverboten und dem Einfrieren von Vermögenswerten zu belegen, weil sie Russland beim Kauf von Gütern mit doppeltem Verwendungszweck unterstützt haben, die auf dem Schlachtfeld eingesetzt werden könnten.

Sollte der Vorschlag angenommen werden, würden diese Maßnahmen Personen, die mit den Unternehmen in Verbindung stehen, die Einreise in die EU untersagen und die Vermögenswerte der einzelnen Unternehmen in den EU-Ländern einfrieren. In dem Entwurf des Dokuments würden 54 Personen und 29 Unternehmen aufgeführt, von denen die meisten in Russland ansässig sind. Unter sechs für das Einfrieren von Vermögenswerten vorgeschlagenen chinesischen oder Hongkonger Unternehmen befindet sich eines im Besitz eines russischen Staatsbürgers.

[ЕС начнет замораживать активы и отказывать в визах китайским фирмам за помощь России - Русская служба The Moscow Times](#)

Aktualisierung von EU-Sanktionsleitfaden und FAQ

Die Europäische Kommission hat am 5. November eine Aktualisierung ihres Sanktionsleitfadens und Ihres Antwortkatalogs zu Frequently Asked Questions (FAQ) veröffentlicht:

[Consolidated version - Frequently asked questions concerning sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine and Belarus' involvement in it.](#)

EU verhängt Sanktionen gegen drei russische Reedereien

Der Rat der Europäischen Union hat die Sanktionen gegen Russland und den Iran ausgeweitet: Drei russische Schifffahrtsunternehmen - MG-Flot, VTS-Broker und Arapax - sowie die iranische Reederei The Islamic Republic of Iran Shipping Line Group (IRISL) und ihr Direktor Mohammad Reza Khiabani sind von den Einschränkungen betroffen. Dies berichtet der russische „Kommersant“.

In einer Pressemitteilung des EU-Rates heißt es, die Maßnahme richte sich gegen die Nutzung von Schiffen und Häfen für den Transfer von Drohnen aus iranischer Produktion nach Russland. (siehe auch „Blick über den Tellerrand“)

[ЕС ввел санкции против трех российских судоходных компаний – Коммерсантъ](#)

EU-Parlament bewilligt Kredit für Ukraine

Das EU-Parlament hat grünes Licht für neue milliarden schwere Finanzhilfen an die Ukraine gegeben, berichtet die Deutsche Presse-Agentur. Die Abgeordneten billigten in Straßburg ein Darlehen für das von Russland angegriffene Land von bis zu 35 Milliarden Euro. Dieses soll dann mit Zinserträgen aus eingefrorenem russischen Zentralbankvermögenswerten zurückgezahlt werden. Vertreter der Regierungen der

Mitgliedstaaten in Brüssel hatten bereits Anfang Oktober eine politische Grundsatzvereinbarung zu den Plänen erzielt. Die noch ausstehende formelle Zustimmung gilt als sicher.

Das Geld soll Teil eines noch größeren Unterstützungspakets werden, das im Sommer von der Gruppe der großen westlichen Industriestaaten (G7) beschlossen worden war. Es sieht mit russischen Geldern finanzierte Darlehen in Höhe von bis zu 50 Milliarden US-Dollar (circa 46 Milliarden Euro) vor.

Ob die EU wirklich 35 Milliarden Euro zur Verfügung stellt oder weniger, wird davon abhängen, wie sich die USA an dem Projekt beteiligen. In Washington ist noch keine abschließende Entscheidung gefallen. Im Rahmen der von der EU gegen Russland verhängten Sanktionen sind seit Februar 2022 rund 210 Milliarden Euro an Vermögenswerten der russischen Zentralbank eingefroren worden. Die außerordentlichen Zinseinnahmen daraus werden derzeit auf bis zu 2,5 bis 3 Milliarden Euro pro Jahr geschätzt.

EZB drängt Raiffeisen und UniCredit, Kapital für Russland-Risiko vorzuhalten

Die Europäische Union verschärft erneut die Auflagen für Banken mit russischen Tochtergesellschaften, dies berichtet die Nachrichtenagentur Reuters. Die europäische Aufsichtsbehörde will offenbar, dass die Raiffeisen Bank International und die UniCredit ihre Rückstellungen für mögliche Risiken in Russland erhöhen. Die Liste der Bedrohungen ist nicht spezifiziert.

Ein Sprecher von Raiffeisen sagte, dass die Bank bereits dargelegt habe, dass die Kapitalanforderungen ab Anfang nächsten Jahres steigen würden. Die EZB hatte bereits im Frühjahr angeordnet, dass beide Banken ihre Aktivitäten in Russland, einschließlich des internationalen Zahlungsverkehrs, einschränken müssen, da sonst Strafen drohen. Auch die USA üben Druck aus.

Raiffeisen habe laut Reuters daran gearbeitet, die Forderungen der EZB zu erfüllen und die Verbindungen nach Moskau zu reduzieren, unter anderem durch die Reduzierung der Abwicklung von Euro-Zahlungen, an denen Russland beteiligt ist.

UniCredit verklagte die EZB wegen ihrer Anordnung, sich in Russland zurückzuziehen, was nach Angaben der Bank gegen russische und internationale Sanktionsgesetze verstößt. In der Zwischenzeit habe die Bank im dritten Quartal Zahlungen, Kredite und Einlagen in Russland gekürzt und sich damit den für 2025 gesetzten Reduktionszielen angenähert.

Fast 100 Strafverfahren wegen Sanktionsverstößen in Lettland

Die lettische Steuerbehörde (VID) hat laut Informationen der Baltic Times 94 Strafverfahren im Zusammenhang mit Verstößen gegen die Russland/Belarus-Sanktionen im Jahr 2024 eingeleitet. Mit diesen Verfahren steigt die Gesamtzahl der in Lettland seit

Verhängung der Sanktionen eingeleiteten Strafverfahren auf über 300. Die VID hat außerdem 2400 Zollverfahren im Jahr 2024 ausgesetzt. Die von der VID am häufigsten verhinderten Ausfuhren nach Russland/Belarus betrafen Autos, Traktoren und elektrische Geräte.

[94 criminal proceedings opened this year for violation of sanctions against Russia and Belarus - Zukuls](#)

Tschechien verzichtet auf russisches Rohöl

Tschechien wird seine Ausnahmeregelung vom EU-Importverbot für russische Ölprodukte nicht verlängern, wie das tschechische Ministerium für Industrie und Handel gegenüber Euractiv bestätigt hat. Die Sonderregelung, die im Rahmen der EU-Sanktionen gegen Russland wegen dessen Aggression in der Ukraine gewährt wurde, läuft am 5. Dezember aus. Ähnliche Ausnahmen wurden auch der Slowakei und Ungarn eingeräumt. Zur Reduzierung der Abhängigkeit von russischem Öl plant Tschechien eine Erweiterung der Kapazität der Transalpinen Pipeline (TAL). Ab dem kommenden Jahr soll diese Pipeline ihre Kapazität verdoppeln und bis zu acht Millionen Tonnen Öl jährlich in das Land transportieren. TAL ist eine Rohölpipeline, die den italienischen Hafen Triest mit Mitteleuropa verbindet

Was die Gasimporte aus Russland betrifft, so hat Tschechien in den letzten Wochen einen deutlichen Anstieg verzeichnet. Analysten führen diesen Trend hauptsächlich auf den niedrigeren Marktpreis für russisches Gas zurück, da die Einfuhren über Deutschland durch Transitgebühren teurer werden. Tschechien rechnet laut Euractiv damit, dass die Gebühren Anfang nächsten Jahres abgeschafft wird, wodurch die Gasimporte aus Deutschland voraussichtlich wieder ansteigen werden.

Weniger Schengen-Visa für russische Staatsbürger

Die scheidende Leiterin des EU-Migrationsdienstes, Ilva Johansson, vermutet, dass die Europäische Union die Beschränkungen für die Erteilung von Visa an russische Bürger verschärfen wird. Dies berichtet die Moscow Times. Johansson zufolge stellen Russen, die in der Schengen-Zone reisen, eine ernsthafte Bedrohung für die europäische Sicherheit dar. Den Daten für das Jahr 2023 zufolge wurden etwa 450.000 Schengen-Visa an russische Bürger ausgestellt. Diese Zahl sei zwar viel niedriger als die vor dem Krieg gegen die Ukraine, aber immer noch hoch genug, um Anlass zur Sorge zu geben, erklärte Johansson. Sie erinnerte an die zunehmenden Fälle von Sabotage und Spionage auf europäischem Boden sowie an den jüngsten Versuch russischer Sicherheitsdienste, Armin Papperger, den Chef des deutschen Rüstungskonzerns Rheinmetall, zu ermorden. „Dies ist nicht der richtige Zeitpunkt, um Nachgiebigkeit zu zeigen. Das könnte die Sicherheit des gesamten Schengen-Raums untergraben“, wird Johansson vom englischen Guardian zitiert.

4. Russland

Rubelkrise: Zentralbank stoppt Kauf von Fremdwährungen bis Jahresende

Infolge neuer, scharfer US-Finanzsanktionen ist der Kurs des russischen Rubel nach dem 21. November auf den niedrigsten Stand seit dem Einmarsch Russlands in die Ukraine im Jahr 2022 gefallen. Die russische Zentralbank reagiert darauf mit einem vorläufigen Stopp von Devisenkäufen bis zum 31. Dezember 2024, wie MärkteWeltweitMedien berichten. Die Entscheidung, ziele darauf ab, „die Volatilität auf den Finanzmärkten zu reduzieren“, so die russische Regulierungsbehörde. „Die aufgeschobenen Käufe werden im Laufe des Jahres 2025 nachgeholt“, schrieb die Zentralbank in einer Erklärung. Letztmalig hatte die Bank die geplanten Devisenkäufe vom 10. August 2023 bis zum Ende Dezember 2023 ausgesetzt, weil sie den damals fallenden Rubel zusätzlich unter Druck setzten. Die diesjährige Aussetzung erfolgte zu einem Zeitpunkt, als der Rubel laut „Reuters“ zum ersten Mal seit März 2022 mit einem Kurs von 113 zum US-Dollar gehandelt wurde. Dies war der niedrigste Stand der russischen Währung seit mehr als 32 Monaten. Finanzminister Anton Siluanow sagte diese Woche, ein schwächerer Rubel komme den russischen Exporten zugute. Die Abwertung des Rubels heizt aber auch die Inflation an, die laut „Reuters“ nach dem viermonatigen Rückgang des Rubels um 1,5 Prozentpunkte auf die derzeitige Inflationsrate von 8,5 Prozent steigen könnte.

[OID+: Rubelkrise verschärft, Zentralbank stoppt Devisenkäufe - ExportManager Online +](#)

Chinesische und indische Banken sperren Unternehmen mit „schwarzen Adressen“

Laut einem Bericht der Moscow Times wurden russischen Unternehmen Konten bei großen chinesischen Banken gesperrt, weil ihre juristischen Adressen mit den Adressen von Organisationen übereinstimmen, gegen die Sanktionen verhängt wurden. Dies hätten Anwälte und Spezialisten für die Abwicklung von Geschäften mit China dem russischen Wirtschaftsmedium RBC berichtet.

Den Experten zufolge seien solche Beschränkungen in letzter Zeit weit verbreitet. Vor allem große Banken - Bank of China und Chouzhou Commercial - sperren aktiv Konten. Eine der Adressen für die Massenregistrierung von juristischen Personen in der Türkei sowie etwa zehn Adressen in Hongkong wurden demnach in ihre „schwarzen Listen“ aufgenommen, sagt Ivan Tikhonenok, ein Vertreter der Anwaltskanzlei Amond & Smith. In der Türkei betraf die Sperrung Unternehmen, die unter der Nummer 52 Hasat Sk., Kamara İç Kapi Nr. 1, Merkez Mah., Sisli, Istanbul, 34381, Türkei, registriert sind. In Hongkong wurden bekannte Adressen gelistet - zum Beispiel Room 19C Lockhart Centre 301-307, Lockhart Rd. Wan Chai, Hongkong und eine Reihe anderer“, sagte der Anwalt.

Mindestens eine Adresse in Russland sei ebenfalls unter die Beschränkungen gefallen, sagte Surana Radnaeva, Geschäftsführerin der Anwaltskanzlei Sinoruss. „Dies hat dazu geführt, dass die Bank [Bank of China] jetzt nicht nur die Adresse des Unternehmens überprüft, das das Pech hatte, dieselbe Adresse wie das untersanktionierte Unternehmen zu haben. Auch der Name, die Art der Geschäftstätigkeit und der Geschäftsführer werden

überprüft. Die Nutzung von Konten wird für die Dauer der Überprüfung eingeschränkt“, so Radnaeva.

Wenn die Adresse eines Unternehmens auf der „schwarzen Liste“ steht, ist das ein ernsthaftes Problem, das nicht nur zu Schwierigkeiten bei der reibungslosen Führung des Kontos, sondern auch zu dessen Schließung führen kann, so Tikhonenok. Um die Einschränkungen zu beseitigen, müsse das Unternehmen seine Adresse ändern, sagt CLS-Anwältin Anna Dolgova. Kuzmin von Pen & Paper ist jedoch der Meinung, dass dies möglicherweise nicht hilft. „Wenn wir davon ausgehen, dass das Unternehmen tatsächlich eine Verbindung zu der sanktionierten Person hat, wird die Adressänderung diese in keiner Weise beseitigen, und es ist daher nicht auszuschließen, dass die Bank das Unternehmen nicht von der „schwarzen Liste“ streichen wird“, sagt der Anwalt.

Der russische Botschafter in Neu-Delhi Denis Alipow erklärte laut einem Bericht der Moscow Times, indische Banken würden sich ebenfalls hüten, sich an Handelsgeschäften mit Russland zu beteiligen. Indische Kreditinstitute mit Beziehungen zu den USA seien „besorgt über sekundäre US-Sanktionen“, beklagte er. Moskau, so Alipow, hoffe auf eine Lösung des Problems auf der Ebene der BRICS-Staaten. Indien ist seit dem Ausbruch des Krieges mit der Ukraine zum zweitgrößten Handelspartner Russlands und zum zweitgrößten Abnehmer von russischem Öl nach China geworden.

Laut Informationen aus Russland würde russischen Importeuren inzwischen auch die Versicherung für Ladungen aus China verweigert. Mehrere russische Geschäftsleute berichteten gegenüber Wedomosti, dass das staatliche Unternehmen Sinosure, das Exportsendungen gegen das Risiko von Zahlungsausfällen versichert, keine Geschäfte mehr genehmige. Es befürchtet Zahlungsausfälle und Sekundärsanktionen.

Laut einer Meldung der Berliner Zeitung haben die neuen US-Sanktionen auch Auswirkungen auf einen geplanten Gasumschlagplatz, den die Türkei zusammen mit Russland betreiben wollte. Das Projekt sei gefährdet, die Türkei könne russisches Erdgas nun nicht wie geplant finanzieren. Die Türkei beziehe mehr als 40 Prozent ihres Gases aus Russland und sei durch die US-Sanktionen nun in Schwierigkeiten, hieß es dazu aus der türkischen Regierung. Ähnlich äußerte sich die ungarische Regierung laut Berliner Zeitung.

[Wegen US-Sanktionen gegen Gazprombank: Türkei kann russisches Gas nicht mehr bezahlen](#)

[Простой первичных мощностей на НПЗ РФ вырос в ноя на 34% к прежнему плану до 2,4 млн т--расчет Рейтер](#)

[Юань у минимума 3,5 мес: инвесторы ждут подсказок о планах Трампа](#)

BRICS arbeiten weiter an eigener Finanzinfrastruktur

Die BRICS-Staaten verfolgen laut der Abschlusserklärung des Kasaner-Gipfels Ende Oktober das Ziel, sich von westlichen Finanzsystemen zu lösen und eine unabhängige Finanzinfrastruktur zu schaffen. In der Kasaner Erklärung skizzierten die Länder ihre Vision

für eine Finanzordnung, die weniger von westlichen Institutionen wie SWIFT oder Euroclear abhängig ist. Mit einem Fokus auf nationale Währungen und digitale Technologien wollen die BRICS-Staaten ihre Rolle in der globalen Wirtschaft neu definieren und die Dominanz westlicher Währungen wie des US-Dollars zurückdrängen.

Durch die verstärkte Verwendung von Währungen wie Rubel, Renminbi oder Real sollen Wechselkursrisiken minimiert und die Abhängigkeit von Reservewährungen wie dem US-Dollar reduziert werden. Ein zentrales Element der Pläne ist der Aufbau eines grenzüberschreitenden Zahlungssystems, das unabhängig von westlichen Plattformen wie SWIFT operieren soll. Die BRICS-Staaten möchten durch ein solches System nicht nur die Handelshemmnisse untereinander abbauen, sondern auch die geopolitische Kontrolle westlicher Länder über internationale Finanztransaktionen umgehen. Um die Zahlungsvorgänge in Landeswährungen zu erleichtern, planen die BRICS-Staaten, ihr Korrespondenzbankennetzwerk erheblich auszubauen. Ein wichtiger Schritt sei die Entwicklung eines eigenen Clearing- und Abwicklungssystems, „BRICS Clear“, das als Alternative zu bestehenden Plattformen wie Euroclear und Clearstream fungieren soll.

Projekte wie „BRICS Pay“, ein geplantes Zahlungssystem, das auf QR-Code-Technologie basiert, sollen den grenzüberschreitenden Handel erleichtern. Nutzer könnten mit BRICS Pay direkt in ihrer Heimatwährung bezahlen, ohne den Umweg über den US-Dollar. Während einer Testphase auf dem BRICS-Wirtschaftsforum 2024 in Moskau konnten Teilnehmer laut der russischen Wirtschaftszeitung RBK bereits kleinere Beträge mit QR-Codes transferieren.

Die technologische Grundlage vieler dieser Initiativen liegt in der Distributed Ledger Technology, die als Basis für BRICS Clear dienen könnte. DLT ermöglicht eine dezentrale Speicherung. Die Einführung solcher Technologien erfordert jedoch eine enge Zusammenarbeit der Mitgliedsländer, um gemeinsame Standards und regulatorische Rahmenbedingungen zu schaffen.

Die ehrgeizigen Pläne der BRICS-Staaten stoßen nach einer Auswertung der Kammer in Moskau allerdings bei Experten auf gemischte Reaktionen. Nassim Nicholas Taleb, Autor von The Black Swan, sei skeptisch, ob die BRICS-Staaten das nötige Vertrauen schaffen könnten, um eine echte Alternative zum US-Dollar zu bieten. Jim O’Neill, der Schöpfer des Begriffs „BRICS“, äußerte sich kritisch zur bisherigen Effektivität der Gruppe. „Die BRICS-Staaten haben in den vergangenen 15 Jahren wenig Substanzielles erreicht“, sagte er in einem Interview mit der britischen Nachrichtenagentur Reuters anlässlich des Kasaner Gipfeltreffens.

„Feindlichen Agenten“ soll Abzug von Geldern aus Russland verboten werden

Die Staatsduma arbeitet an einem Gesetzesentwurf, der es „ausländischen Agenten“ verbietet, Gelder von einem speziellen Rubelkonto in anderen Staaten abzuheben, sagte der Sprecher des Unterhauses, Wjatscheslaw Wolodin laut einem Bericht der Moscow Times. „Geld vom Sonderkonto für ausländische Agenten wird nur persönlich auf dem Territorium Russlands abgehoben werden können, es wird nicht möglich sein, es im Ausland abzuheben. Das Geld wird auf dem Konto liegen und darauf warten, dass es

abgeholt wird“, zitierte TASS Volodin. Zuvor hatte er berichtet, dass die Staatsduma an einer Initiative zur Einführung eines besonderen Verfahrens für die Auszahlung von Geldern an „ausländische Agenten“ für geistige Tätigkeit arbeitet. Es wird davon ausgegangen, dass Einkünfte aus kreativer Tätigkeit auf ein spezielles Rubelkonto überwiesen werden, dessen Eröffnung für einen „ausländischen Agenten“ obligatorisch sein wird. Die Beschränkungen gelten für alle Bereiche mit Urheberrechten: Literatur, Kunst, Musik, Wissenschaft. Das Gleiche gilt für Erfindungen, Marken und Radio- und Fernsehsendungen.

Im Mai berichteten Quellen der „Kommersant“, dass die Staatsduma einen Gesetzentwurf vorbereite, der Zahlungen an „ausländische Agenten“ für die Wiedergabe ihrer Inhalte auf Streaming- und digitalen Plattformen regeln solle. Die Maßnahmen sahen die Eröffnung spezieller Konten vor, auf die die Vergütung „bis zur Rückkehr des Urhebers nach Russland“ überwiesen werden sollte. Gleichzeitig erklärten die befragten Künstler-„ausländischen Agenten“, dass sie bereits ab Sommer 2023 keine Zahlungen mehr für die öffentliche Wiedergabe ihrer Musik in Russland erhalten. Die Russische Gesellschaft für Urheberrecht (RAO) erklärte damals, dass solche Künstler „mit Rechteinhabern aus unfreundlichen Ländern gleichgesetzt werden“.

In Bezug auf Maßnahmen gegen Bürger, die nicht als „ausländische Agenten“ deklariert sind, sich aber aus dem Ausland „negativ über Russland äußern“, sagte Wolodin, dass sie keine Einkünfte aus der Vermietung oder dem Verkauf von Immobilien im Land erhalten dürften. Er gab jedoch nicht an, wie genau dieser Mechanismus funktionieren würde.

[BILD: Контрнаступление в Курской области стало катастрофой для российской армии - Русская служба The Moscow Times](#)

Russische Regierung blockiert Verkauf westlicher Unternehmen in Russland

Wie die Nachrichtenagentur „Bloomberg“ unter Berufung auf mit der Angelegenheit vertraute Personen berichtet, hat die russische Regierung signalisiert, dass sie alle Bemühungen westlicher Banken blockieren wird, ihre lokalen Einheiten an russische Unternehmen zu veräußern. Dies berichtet Business Insider. Zu den größten Betroffenen gehörten demnach die europäischen Kreditinstitute Raiffeisen und UniCredit. Laut „Bloomberg“ sei Russland besonders besorgt darüber, dass derartige Geschäfte weitere westliche Sanktionen erleichtern könnten. Erschwerend komme hinzu, dass Russland Raiffeisen und UniCredit immer noch als wichtige Zahlungsvermittler betrachte.

Diese jüngste Entwicklung sei Teil einer laufenden Kampagne des Kremls, um westliche Firmen innerhalb seiner Grenzen zu halten, kommentiert Business Insider. Russland hatte kürzlich seine Liste der Ausreisehindernisse erweitert: Inzwischen fallen höhere Abschläge und eine höhere Ausstiegssteuer beim Verlassen des Landes an.

Gleichzeitig wächst aber auch der Druck westlicher Behörden, insbesondere der USA, Finanzgeschäfte in und mit Russland zu reduzieren. So scheiterten Verkaufsbemühungen im Finanzbereich in den vergangenen Jahren durch wechselseitige Vetos sowohl von Seiten Russlands, als auch von Seiten der US-Behörden.

Laut einer von der Yale School of Management geführten Liste haben sich seit dem Einmarsch Moskaus in der Ukraine 2022 mehr als 1.000 globale Unternehmen in irgendeiner Form aus Russland zurückgezogen. In Anbetracht der von der russischen Regierung errichteten Hürden haben diese Unternehmen bis März mehr als 100 Milliarden Dollar an Verlusten erlitten, berichtet „Reuters“.

[Putin plant, Verkäufe westlicher Banken zu blockieren - Business Insider](#)

Neue Ausländer-Einreiseregeln: Fingerabdrücke an der Grenze

Ab dem 1. Dezember 2024 werden in Russland als Teil eines zweistufigen Experiments die biometrischen Daten von ausländischen Bürgern und Staatenlosen erfasst, die in die Russische Föderation einreisen. Dazu gehören digitale Fingerabdrücke und ein Foto. Der entsprechende Erlass wurde auf dem offiziellen Internetportal der russischen Regierung veröffentlicht.

Zunächst werden die biometrischen Daten ab dem 1. Dezember bei der Grenzkontrolle an den Moskauer Flughäfen Scheremetjewo, Domodedowo, Wnukowo, Schukowski sowie am Fracht- und Passagierkontrollpunkt Maschtakowo im Gebiet Orenburg erfasst.

In der zweiten Phase vom 30. Juni 2025 bis 30. Juni 2026 wird die neue Regelung auf alle Kontrollpunkte der Russischen Föderation ausgeweitet. In diesem Zeitraum wird für jeden ausländischen Staatsbürger, der nach Russland einreist, ein digitales Profil erstellt. Dabei können die Einreisenden dieses Profil selbständig in der RuID-App erstellen, einem Analogon der „Gosuslugi“-Anwendung für ausländische Bürger. Über diese App können ausländische Bürger ihre Einreise anmelden und verschiedene Dienstleistungen in Russland in Anspruch nehmen, beispielsweise eine Krankenversicherung.

Ausgenommen von der neuen Regelung sind belarussische Staatsbürger, Kinder unter sechs Jahren, Diplomaten, Mitarbeiter von diplomatischen Vertretungen und Konsulaten, Vertreter internationaler Organisationen, die in Russland akkreditiert sind, sowie ihre Familienangehörigen.

Ziel des Experiments ist laut der Staatsduma die „Erhöhung der Disziplin und Vorbeugung von Verbrechen sowie die Senkung der Kriminalität unter der dieser Kategorie von Bürgern.“

Analyse von Rückzugsverkäufen

Mehr als jedes vierte ausländische Unternehmen (21 Prozent), das sich seit dem Frühjahr 2022 aus Russland zurückgezogen hat, vereinbarte mit dem neuen Eigentümer seiner Vermögenswerte ein Rückkaufrecht. Das ergab eine Auswertung von rund hundert Rückzugsverkäufen, an der Juristen aus sieben russischen Kanzleien beteiligt waren, über die Forbes Russland berichtet. Untersucht wurden dabei Geschäfte bis August 2024 mit

einem Volumen von mindestens 1 Milliarden Rubel (9,5 Millionen Euro). In jedem dritten Fall, in dem ein Rückkaufrecht vereinbart wurde, ist dieser zum Marktpreis vorgesehen. In den übrigen Fällen würde sich der Preis für einen Rückkauf an „anderen Kriterien“ orientieren. Außerdem ergab die Studie, dass die sogenannte Rückzugssteuer, die je nach Zeitpunkt des Verkaufs meist zwischen 5 Prozent und 15 Prozent lag, in drei Viertel der Rückzugsverkäufe vom Käufer „on top“ auf den vereinbarten Preis entrichtet wurde.

Gazprom will Österreich nicht mehr beliefern – tut es aber trotzdem

Trotz der Einstellung der russischen Erdgaslieferungen an die österreichische OMV fließt weiterhin Gas zum Knotenpunkt Baumgarten in Niederösterreich, wie das Handelsblatt berichtet. „Der Gasfluss ist um etwa 15 bis 20 Prozent reduziert“, sagte E-Control-Chef Alfons Haber der Nachrichtenagentur Reuters. Wem das Gas gehört, sei unklar. Laut Haber ist anzunehmen, dass Gazprom die Leitungen gebucht hat und die ursprünglich für die OMV vorgesehenen Mengen über die Börse oder anderen Marktteilnehmern zum Verkauf anbietet. Auch die OMV könnte Gas nun über die Börse zukaufen.

Der angekündigte Lieferstopp von Gazprom ist die Folge eines Streits zwischen dem russischen Konzern und der OMV über ausgebliebene Gaslieferungen in Deutschland im September 2022, wie das Handelsblatt berichtet. Die OMV leitete im Januar 2023 ein Schiedsgerichtsverfahren ein, um Schadenersatz für entgangene Lieferungen geltend zu machen. Die Internationale Handelskammer sprach der OMV nun rund 230 Millionen Euro plus Zinsen zu – eine Summe, die in etwa der monatlichen Rechnung entspricht, die die OMV für Gaslieferungen an Gazprom zahlt.

Nachdem die OMV ankündigte, die Entschädigung mit ausstehenden Zahlungen zu verrechnen, stellte Gazprom die Gaslieferungen an die OMV offiziell ein. Die OMV gab dennoch Entwarnung: Alle Kunden könnten vollständig mit nicht-russischem Gas beliefert werden. Österreichs Kanzler Karl Nehammer betonte, die Gasspeicher seien zu rund 90 Prozent gefüllt. Allein diese Menge reiche dem Land für rund ein Jahr.

Putin blockiert Uranlieferungen in die USA

Die russische Regierung hat laut Informationen von Forbes.ru untersagt, angereichertes Uran aus Russland in die USA zu exportieren. Das Verbot gilt seit dem 15. November und betrifft Lieferungen in die USA sowie an Unternehmen mit Sitz in den Vereinigten Staaten, so die Regierungsverordnung vom Vortag. Demnach bedürfen Uran-Exporte einer Sondergenehmigung des Föderalen Dienstes für technische und Exportkontrollen, die dem russischen Verteidigungsministerium unterstellt ist. Die Maßnahme sei auf Anweisung von Präsident Wladimir Putin provisorisch verhängt worden.

[Россия ограничила экспорт обогащенного урана в США | Forbes.ru](#)

Deutlich weniger russische Diamanten gelangen nach Indien

Wie die Moscow Times berichtet, haben die westlichen Sanktionen die russischen Diamantenexporte nach Indien, dem größten Diamantenverarbeitungszentrum der Welt, deutlich verringert. Im September 2024 fielen die russischen Lieferungen in das Land um 96 Prozent im Vergleich zum gleichen Zeitraum des Vorjahres. Dies geht aus den Daten des indischen Ministeriums für Handel und Industrie hervor, die von Interfax zitiert werden. Die russischen Einnahmen verringerten sich dadurch im September von 112 Millionen Dollar auf nur noch 1,5 Millionen Dollar im Vergleich zum September 2023. Die russischen Diamantenexporte nach Indien begannen erstmals im April um mehr als 20 Prozent zu sinken. Marktteilnehmer führten dies auf den Ausverkauf der Lagerbestände vor der Verschärfung der westlichen Sanktionen zurück. Die G7-Länder haben die Einfuhr russischer Diamanten ab dem 1. Januar 2024 verboten und das Verbot ab dem 1. März auf Lieferungen von in Drittländern verarbeiteten Steinen ausgedehnt.

[Экспорт российских алмазов в Индию рухнул на 96% из-за санкций - Русская служба The Moscow Times](#)

Rückschlag für russisches Luxusauto – Chinesen brechen Projekt wegen Sanktionen ab

Die russische Luxus-Automarke Aurus, ein besonderes Lieblingsprojekt von Präsident Wladimir Putin, kann doch nicht wie geplant die Produktion im ehemaligen Toyota-Werk in St. Petersburg aufnehmen, wie die Zeitung Wedomosti berichtet. Wie die Zeitung erfuhr, hat sich der chinesische Industriepartner FAW aus dem Projekt zurückgezogen. Grund dafür sollen die westlichen Sanktionen gegen die Marke Aurus sein. Das Problem habe auch nicht beim jüngsten BRICS-Gipfel im russischen Kazan gelöst werden können, soll ein Insider Wedomosti berichtet haben. Aurus gehört mehrheitlich dem staatlichen russischen Automobilentwickler NAMI.

[Запуск производства Aurus в Петербурге перенесен на неопределенный срок - Ведомости](#)

Novatek darf Zahlen zurückhalten

Immer mehr russische Unternehmen sind von der Berichtspflicht befreit. Gestern erlaubte Russlands Präsident Wladimir Putin u. a. dem größten privaten Gasproduzenten des Landes, Novatek, und dem Ölkonzern Surgut, selbst darüber zu entscheiden, welche Informationen sie an die Öffentlichkeit geben. Die zurückgehaltenen Daten müssen sie der russischen Zentralbank übermitteln. Damit steigt die Zahl der befreiten Unternehmen auf 118, darunter Ölproduzenten wie Rosneft und Tatneft, der Erdgaskonzern Gazprom sowie die Großbank Gazprombank. Die im November 2023 erstmals beschlossene Maßnahme soll die Unternehmen vor westlichen Sanktionen schützen.

[Путин разрешил НОВАТЭК и «Сургутнефтегазу» ограничить раскрытие данных | РБК Инвестиции](#)

Wachsende Probleme in der russischen Luftfahrt

Die russischen Behörden wenden sich laut einem Bericht der Kyiv Post an befreundete Länder, um Hilfe bei der Organisation von Inlandsflügen zu erhalten, da die Gefahr besteht, dass es bei den russischen Fluggesellschaften zu einem Mangel an Flugzeugen kommt. Das Verkehrsministerium verhandelt demnach mit Kasachstan über die Beteiligung kasachischer Fluggesellschaften an Flügen innerhalb Russlands, berichtete die Moscow Times.

Dabei handelt es sich um sogenannte Kabotageflüge, bei denen eine ausländische Fluggesellschaft Flüge zwischen Städten innerhalb eines anderen Landes durchführt, eine Praxis, die derzeit nur russischen Fluggesellschaften erlaubt ist. „Die Möglichkeit, Kabotageflüge zuzulassen, wird angesichts des Flugzeugmangels in Betracht gezogen“, sagte Roman Starovoit, der Verkehrsminister Russlands. Er fügte hinzu, dass auch mit anderen Ländern Verhandlungen geführt würden, nannte jedoch keine Namen.

Dem Bericht zufolge verfügten russische Fluggesellschaften vor Beginn der groß angelegten Invasion der Ukraine im Jahr 2022 über eine Flotte von 850 Flugzeugen, doch Anfang 2023 war diese Zahl nach Schätzungen des Beratungsunternehmens Oliver Wyman auf 736 gesunken. Sanktionen, die die Lieferung westlicher Flugzeuge und Ersatzteile nach Russland verbieten, könnten dazu führen, dass sich die Flotte bis 2026 halbiert, glaubt die Kyiv Post mit Verweis auf Experten.

Im August berichtete die Kyiv Post, dass einige Fluggesellschaften inzwischen Treibstoff rationieren. Piloten einer der Billigfluggesellschaften der Aeroflot-Gruppe, Pobeda Airlines, beschwerten sich, dass ihr Management ein potenziell gefährliches Treibstoffverfahren eingeführt hat.

Im Februar berichtete das Wall Street Journal unter Berufung auf das Hamburger Unternehmen Jacdec, dass russische Fluggesellschaften im Jahr 2023 74 Notfälle während des Fluges erlitten hätten – mehr als doppelt so viele wie die 36 gemeldeten Vorfälle im Jahr 2022. Die russische Luftfahrtbehörde verzeichnete vor dem Flug mehr als 400 Fälle von Geräteausfällen bei Triebwerken, Fahrwerken, Landeklappen, Flugzeugsoftware und Hydrauliksystemen.

[Russia Turns to Kazakhstan for Domestic Flights as Sanctions Threaten to Halve Fleet \(kyivpost.com\)](https://www.kyivpost.com/news/russia-turns-to-kazakhstan-for-domestic-flights-as-sanctions-threaten-to-halve-fleet)

China wird größter Gaskunde Russlands

Nach Angaben von Bloomberg exportierte der staatliche russische Energieriese Gazprom in den ersten neun Monaten des Jahres 23,7 Milliarden Kubikmeter Erdgas nach China – 40 Prozent mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Diese Mengen übertreffen die 22,5 Milliarden Kubikmeter Pipelinegas, die im gleichen Zeitraum nach Europa exportiert

wurden, hat Business Insider berechnet. Damit sei China auf dem besten Weg, Europa im Jahr 2024 als größten Erdgasabnehmer Russlands zu überholen.

Der Anstieg der Gaslieferungen nach China ist darauf zurückzuführen, dass Gazprom zunehmend von der Energienachfrage der zweitgrößten Volkswirtschaft der Welt abhängig ist. Europa war lange Zeit der größte Energiepartner Russlands und bezog einst bis zu 40 Prozent seines Gases aus Moskau, doch seit dem Einmarsch in die Ukraine im Jahr 2022 sind die Lieferungen zurückgegangen. Seit der Invasion hat Europa eine Reihe von Beschränkungen für russische Gaslieferungen auf den Kontinent verhängt, was dazu führte, dass Gazprom im vergangenen Jahr den ersten Jahresverlust seit 1999 und einen Rückgang der Gaseinnahmen um 40 Prozent zu verzeichnen hatte.

Gazprom erklärte kürzlich, dass es die durch den Krieg verlorenen Umsätze wahrscheinlich mindestens ein Jahrzehnt lang nicht wieder aufholen wird, obwohl einige EU-Länder wie Ungarn, die Slowakei und Österreich weiterhin auf russische Energieprodukte angewiesen sind.

[China wird Russlands größter Kunde für Pipeline-Gas - Business Insider](#)

Google droht gigantische Strafzahlung in Russland

Google gehört zu den reichsten Unternehmen der Welt – aber die Strafe, die der Konzern theoretisch aufgrund eines Urteils in Russland zahlen müsste, würde wohl auch die vollste Kriegskasse der Welt maßlos überfordern. Wie Capital mit Hinweis auf die „Moscow Times“ und weitere russische Medien berichtet, „schuldet“ Google dem Land inzwischen umgerechnet etwa 19 Quintilliarden Euro.

Vor rund vier Jahren wurde Google zu einer stetig wachsenden Strafe verdonnert, da der Konzern einige russische Youtube-Kanäle sperrte und sie bis heute nicht wieder freigegeben hat. Darunter beispielsweise den ultranationalistischen Sender Tsargrad. Die Strafe wachse seither täglich um 100.000 Rubel (rund 950 Euro) und verdoppele sich dadurch jede Woche. Inzwischen soll YouTube nach Angaben von „The Register“ 17 Kanäle gesperrt haben, die sich an der Klage in Russland beteiligen.

Google dürfte die Strafe aber nicht um den Schlaf bringen, meint Capital. Seit 2022 habe das Unternehmen seine geschäftlichen Aktivitäten in Russland eingestellt und sich aus dem Markt zurückgezogen.

[Russland verlangt 19 Quintilliarden Euro von Google - Capital.de](#)

Sanktionen gegen britische Minister

Als Reaktion auf Großbritanniens Unterstützung für die Ukraine hat Moskau mehrere britische Minister und eine Reihe anderer politischer und militärischer Vertreter auf eine „schwarze Liste“ gesetzt, dies berichtet das Handelsblatt. Mit Einreisesperren werden

unter anderem die stellvertretende Premierministerin Angela Rayner, Innenministerin Yvette Cooper und Finanzministerin Rachel Reeves belegt. Insgesamt wurden einer bestehenden Einreiseverbotsliste 30 Personen hinzugefügt, darunter zwei Journalisten der Zeitungen „Times“ und „Daily Mail“.

[Russland-Sanktionen: Russland verhängt Einreiseverbote gegen britische Minister](#)

Sanktionen gegen 131 Australier

Das russische Außenministerium hat nach Angaben von Europeansanctions.com 131 australische Staatsangehörige auf die Liste der ständigen Einreisesperren gesetzt, die sie an der Einreise nach Russland hindern. Die Sanktionen seien Teil der russischen „Gegenmaßnahmen“, die als Reaktion auf die Sanktionen gegen Russland verhängt wurden. Zu den betroffenen Personen gehören Journalisten, Aktivisten und Rüstungshersteller.

[Foreign Ministry statement regarding personal sanctions against citizens of Australian holding anti-Russia views - The Ministry of Foreign Affairs of the Russian Federation](#)

Schlag gegen Bankinstitute - starke Ausweitung der US-Sanktionen

Das US-Finanzministerium hat am 21. November Sanktionen gegen die russische Gazprombank sowie die BKS Bank, die Centroccredit und mehrere Dutzend weitere Kreditinstitute verhängt. Direkte Sanktionen wurden auch gegen die stellvertretenden Vorsitzenden der russischen Zentralbank, Vladimir Chistyukhin und Dmitry Tulin, sowie gegen Alla Bakina, Leiterin der Abteilung für nationale Zahlungssysteme der Zentralbank, verhängt. Insgesamt richtet sich das Maßnahmenpaket gegen mehr als 50 russische Banken, über 40 russische Wertpapierregisterstellen und 15 russische Finanzbeamte. Indirekt haben die Maßnahmen aber auch Auswirkungen rund um den ganzen Globus. In der Folge hat der Rubelkurs deutlich nachgegeben und es wird mit einer weiteren Erhöhung des Leitzinses in Russland gerechnet, der zuletzt bereits auf 21 Prozent angestiegen war.

„Wie ich von meinen russischen Quellen höre, scheint dies der wichtigste Schlag für die Fähigkeit Russlands zu sein, seine Wirtschaft aufrechtzuerhalten, seit dem europäischen Ölembargo, das im Januar 2023 in Kraft trat“, kommentierte der bekannte russische Ökonom Wladislaw Inosemtsew, der inzwischen im Ausland arbeitet.

„Diese weitreichende Maßnahme wird es dem Kreml erschweren, die US-Sanktionen zu umgehen und sein Militär zu finanzieren und auszurüsten“, sagte Finanzministerin Janet Yellen laut Reuters. „Wir werden weiterhin entschieden gegen alle Finanzkanäle vorgehen, die Russland zur Unterstützung seines illegalen und unprovokierten Krieges in der Ukraine nutzt.“ Edward Fishman, ein Wissenschaftler an der Columbia University, sagte Reuters, die Maßnahme sei ein wichtiger Schritt, der auf Russlands Energieeinnahmen abziele. „Dies signalisiert, dass die Biden-Administration es tatsächlich ernst meint mit der Unterbrechung des Geldflusses nach Russland für Energie während der Lame-Duck-Periode, was ... eine bedeutende Entwicklung ist“, sagte Fishman. Die Biden-Administration könnte noch vor ihrem Ausscheiden aus dem Amt weitere Maßnahmen ergreifen, um die Energiesanktionen zu verschärfen, so Fishman. Laut einem Bericht von Bloomberg erhöhen die Sanktionen das Risiko, dass ein Teil der verbleibenden russischen Gaslieferungen an mitteleuropäische Länder abgeschnitten wird. Obwohl Europa seine Abhängigkeit von Russland verringert habe, könnte der Verlust einer der letzten verbliebenen Pipeline-Gasrouten den Wettbewerb um die verbleibenden Lieferungen verschärfen und die Preise für Gas in Europa in die Höhe treiben

Die Gazprombank unterlag zwar bereits US-Sanktionen, die Korrespondenzbankgeschäfte, Schuldtitel und Aktiengeschäfte untersagten. Jetzt ist sie jedoch auch in die SDN-Liste aufgenommen worden. Die Sanktionen sehen Ausnahmen für Transaktionen im Zusammenhang mit dem Öl- und Gasprojekt Sachalin-2 im Fernen Osten Russlands bis zum 28. Juni 2025 vor. Die USA verhängten auch Sanktionen gegen sechs Tochtergesellschaften der Gazprombank – eine in Luxemburg und zwei in Zypern. Dadurch wird die Gazprombank effektiv vom US-Bankensystem ausgeschlossen, ihr Handel mit Amerikanern verboten und ihr US-Vermögen eingefroren. Unmittelbar nach der US-Entscheidung haben Banken im Ausland den Service für die UnionPay-Karten der Gazprombank eingestellt. Bislang handelt es sich um Kreditinstitute in der Türkei,

Deutschland, Thailand, Vietnam, Ungarn, Katar, Kasachstan, Usbekistan, Tunesien, Südafrika und den Vereinigten Arabischen Emiraten, wie TASS berichtete. Die Liste der Länder werde sich aber sicher noch erweitern, sagt Vsevolod Sazonov, geschäftsführender Partner der Anwaltskanzlei Sazonov and Partners dem russischen Kommersant. Seiner Meinung nach werden nur wenige Banken bereit sein, sich den US-Sanktionen zu verweigern: „Es ist absolut klar, dass keine der ausländischen Banken, die von US-Sanktionen bedroht sind, die Karten der sanktionierten russischen Banken akzeptieren und bedienen wird. Sie wissen, dass sie mit hohen Geldstrafen rechnen müssen, dass sie von den Zahlungssystemen abgeschnitten werden, und keine der ausländischen Banken wird sich darauf einlassen.“

Zusätzlich hat das US-Finanzministerium Banken weltweit davor gewarnt, sich dem von der russischen Zentralbank entwickelten Zahlungsnachrichtensystem SPFS anzuschließen. Ein Beitritt zu dem russischen SWIFT-Pendant werde ab sofort als „Red Flag“ gewertet. Gegen ausländische Banken, die das System nutzen, werde man „aggressiver“ vorgehen, warnte das Office of Foreign Assets Control (OFAC). Die Maßnahmen dürften den Handel für internationale Unternehmen mit Russland erheblich erschweren.

Auswirkungen auch auf die EU

Seit dem Frühjahr 2022 werden gemäß einem Erlass des russischen Präsidenten Wladimir Putin Rubelzahlungen für Gas mit unfreundlichen Ländern über die Gazprombank abgewickelt. Laut Euractiv werden die US-Maßnahmen nun den Druck auf Europa erhöhen, sich von russischer Energie zu lösen. In Verbindung mit den US-Maßnahmen stand auch eine ausdrückliche Warnung aus Washington, dass „ausländische Finanzinstitute“, die Verbindungen zu russischen Banken unterhalten, mit einem „erheblichen Sanktionsrisiko“ rechnen müssten.

Experten wiesen darauf hin, dass die Gefahr sogenannter „sekundärer Sanktionen“ den Druck auf westliche Unternehmen erhöhen würde, alle noch bestehenden finanziellen Verbindungen zum östlichen Nachbarn der EU zu kappen. „Ich würde schätzen, dass die Europäische Union jetzt handeln müsste“, sagte Maria Demertzis, Leiterin des Zentrums für Wirtschaft, Strategie und Finanzen in Europa bei The Conference Board, gegenüber Euractiv. „In gewisser Weise hat sie [die Union] keine andere Wahl: [Andernfalls] wird sie sekundären Sanktionen unterliegen – und das ist nicht gut.“

Nach Angaben des US-Finanzministeriums wird die Gazprombank vom Kreml genutzt, um die Gehälter russischer Soldaten zu bezahlen, die Familien verstorbener russischer Soldaten zu entschädigen und militärische Ausrüstung für den Krieg in der Ukraine zu kaufen. Die EU hat bisher davon abgesehen, Sanktionen gegen die Gazprombank zu verhängen. Es wird befürchtet, dass ein solcher Schritt zu einem Wiederanstieg der Gaspreise führen und die Fähigkeit der Mitgliedstaaten einschränken könnte, für russische Energie zu bezahlen.

Ungarn, das weiterhin auf russisches Gas setzt, verwies Euractiv auf einen Kommentar des ungarischen Außenministers Péter Szijjártó, der in den sozialen Medien gepostet wurde. „Unsere Rechtsexperten bewerten die Auswirkungen, und wir werden uns bei Bedarf mit dem russischen Gasversorger beraten, um eine unterbrechungsfreie Versorgung zu gewährleisten“, sagte Szijjártó laut Euractiv.

Rund 50 russische Banken betroffen

Auch die Banken DOM.RF, Kremlevsky, Finservice, Agroros und andere Kreditinstitute fallen unter die neuen Sanktionen. Insgesamt umfasst die Sanktionsliste 118 natürliche und juristische Personen, die mit dem russischen Finanzsektor verbunden sind.

Die neuen US-Sanktionen würden direkte Zahlungen russischer Unternehmen an ausländische Geschäftspartner fast unmöglich machen, kommentiert die Moscow Times. Die Zahlungen müssten über Zahlungsagenten und andere Vermittler abgewickelt werden, was zu noch höheren Kosten und einer weiteren Verteuerung der Waren führen wird. Derzeit liege der Anteil der Direktzahlungen aus Russland bei 20 bis 25 Prozent, doch nun wird er nach Angaben von Mitarbeitern von fünf Außenhandelsunternehmen auf ein paar Prozent reduziert.

Etwa 50 Banken sind von den Beschränkungen betroffen, darunter auch mittlere und kleine Banken, die bei denjenigen beliebt seien, die weiterhin Direktzahlungen nach China und in die Türkei leisten (BKS Bank, Dom.rf, Forabank, Garant-Invest, Derzhava, Sinara, Primsotsbank usw.). VTB-Manager rieten Großkunden in China bereits informell, dringend alle Yuan von Unionpay-Karten abzuziehen, sagte einer derjenigen, die eine solche Warnung erhalten haben.

Aufgrund der Kompliziertheit der Zahlungssysteme werde der Anteil des Rubels an der Bezahlung von Außenhandelstransaktionen selbst im Vergleich zu dem im Herbst erreichten Rekordniveau deutlich zunehmen, sind sich laut Moscow Times der Leiter einer Zahlungsvermittlungsfirma und ein Berater für Außenwirtschaftstätigkeit sicher. Nach Angaben der russischen Zentralbank erreichte der Anteil des Rubels bei der Bezahlung von Waren- und Dienstleistungsimporten im September ein Allzeithoch von 48,5 Prozent, bei Exporten 42,8 Prozent. Sogar im Zahlungsverkehr mit asiatischen Ländern lag der Rubelanteil bei den Zahlungen für Importe über 45 Prozent und näherte sich bei den Zahlungen für Exporte 40 Prozent.

Der hohe Rubelanteil deute formal darauf hin, dass die Unternehmen über immer komplexere und teurere Systeme bezahlen, erklärt ein Gesprächspartner in einem Zahlungsverkehrsunternehmen. Rubel würden für den Transfer in befreundete Länder verwendet, wo sie in der Regel zu einem sehr ungünstigen Wechselkurs mit einem Verlust von 4 bis 6 Prozent in andere Währungen umgetauscht werden, um dann an die Lieferanten weitergeleitet zu werden, erklärte der Außenhandelsberater der Moscow Times. Rubel, sagt er, werden verwendet, um für Kryptowährungen zu bezahlen, die für Außenhandelstransaktionen gekauft werden; Rubel werden auch in Netting-Systemen verwendet. Die chinesischen Zollstatistiken zeigen, dass diese Systeme funktionieren: Nach den Daten des Zolls lagen die Einfuhren nach Russland im Oktober um 27 Prozent höher als im gleichen Monat des Vorjahres, obwohl die Einfuhren im Juli um 10 Prozent niedriger waren, erinnert sich der Gesprächspartner der Moscow Times.

Hier die Liste der neu sanktionierten Bankinstitute:

[Russia-related Designations and Updates; Issuance of Russia-related General Licenses and Frequently Asked Questions; Publication of Russia-related OFAC Alert | Office of Foreign Assets Control](#)

[Treasury Sanctions Gazprombank and Takes Additional Steps to Curtail Russia's Use of the International Financial System | U.S. Department of the Treasury](#)

General Licences zur Beendigung von Bankgeschäften bis 20. Dezember:

[download](#)

[download](#) (Gazprombank)

Warnung an internationale Banken, das russische Zahlungssystem zu nutzen:

[Sanctions Risk for Foreign Financial Institutions that Join Russian Financial Messaging System, System for Transfer of Financial Messages](#)

Internationale Einschätzungen zu den Finanzmaßnahmen:

[US Treasury targets Russia's Gazprombank with new sanctions | Reuters](#)

[US-Sanktionen gegen Gazprombank fördern Unabhängigkeit Europas – Euractiv DE](#)

[Арестованный после критики Кремля z-блогер подписал контракт для отправки на войну - Русская служба The Moscow Times](#)

[США ввели блокирующие санкции против Газпромбанка и ДОМ.РФ – Коммерсантъ](#)

[«Готовимся платить еще больше». Новые санкции США перекроют почти все прямые платежи из России - Русская служба The Moscow Times](#)

US-Sanktionen im Technologiebereich

Bereits am 30. Oktober hat das US-Finanzministerium 275 Personen und Organisationen sanktioniert, die an der Lieferung von fortschrittlicher Technologie und Ausrüstung an Russland beteiligt sind, die das Land dringend zur Unterstützung seiner Kriegsmaschinerie benötigt. Die Maßnahme richtet sich sowohl gegen einzelne Akteure als auch gegen weit verzweigte Netzwerke zur Umgehung von Sanktionen in 17 Ländern, darunter Indien, die Volksrepublik China (VRC), die Schweiz, Montenegro, Serbien, Thailand, die Türkei und Usbekistan, heißt es in einer Pressemitteilung. Neben der Zerschlagung globaler Umgehungsnetzwerke zielt diese Aktion auch auf inländische russische Importeure und Produzenten von wichtigen Vorleistungen und anderem Material für die militärisch-industrielle Basis Russlands ab. Washington nimmt damit die Netzwerke Russlands ins Visier, mit denen es die Sanktionen umgehen will, zu einem großen Teil über die Türkei und China. Neben Anwälten und Treuhändern zielen die USA auch auf russische Importeure und Hersteller von wichtigen Vorprodukten und anderen Gütern für die Militärindustrie. Auch zwei Züricher Anwälte stehen neu auf der Liste, wie die NZZ berichtete. Die USA werfen ihnen vor, Firmen und Trusts geschaffen zu haben, die sanktionierten russischen Kunden bei der Umgehung von Sanktionen geholfen haben sollen. Es handele sich um die Anwälte Andres Baumgartner und Fabio Libero Delcò von der Kanzlei Dietrich, Baumgartner & Partner, die die US-Vorwürfe umgehend zurückgewiesen haben.

Das US-Außenministerium geht nach eigenen Angaben auch gegen die Umgehung von Sanktionen in mehreren Drittländern vor, darunter mehrere in der China ansässige Unternehmen, die Güter mit doppeltem Verwendungszweck exportieren, die kritische Lücken in der militärisch-industriellen Basis Russlands schließen, sowie Einrichtungen und Einzelpersonen in Belarus, die mit der Unterstützung der russischen Verteidigungsindustrie durch das Lukaschenka-Regime in Verbindung stehen. Das Außenministerium geht auch gegen mehrere hochrangige Beamte des russischen Verteidigungsministeriums und Verteidigungsunternehmen sowie gegen diejenigen vor, die die künftige Energieerzeugung und -exporte Russlands unterstützen.

Chinesische, indische und türkische Unternehmen werden beschuldigt, kriegswichtiges Material nach Russland zu liefern, darunter Wälzlager, Zündschnüre und Mikroelektronik. „Wie die heutigen Maßnahmen zeigen, sind wir fest entschlossen, Russlands Fähigkeit, seine Kriegsmaschinerie auszurüsten, zu untergraben und zu schwächen, und wir sind entschlossen, diejenigen zu stoppen, die versuchen, diese Bemühungen durch Umgehung unserer Sanktionen und Exportkontrollen zu unterstützen“, erklärte der stellvertretende Finanzminister Wally Adeyemo.

Zu den von den Sanktionen betroffenen Unternehmen gehört der indische Arzneimittelhersteller und -lieferant Shreya. Russland ist zwar sein Hauptabsatzmarkt für pharmazeutische Produkte, doch ist das Unternehmen seit 2022 auch am Verkauf von Elektronikprodukten beteiligt, die unter das Verbot fallen. Von April bis August dieses Jahres exportierte Shreya 1.111 hochmoderne Server des Typs PowerEdge XE9680 des US-Unternehmens Dell Technologies im Wert von 300 Millionen Dollar nach Russland, die mit Hochleistungsprozessoren von Nvidia oder Advanced Micro Devices ausgestattet sind und für künstliche Intelligenz optimiert wurden. In den Spezifikationen der 998 gelieferten Server heißt es, dass sie mit den H100-Chips von Nvidia ausgestattet sind.

Erstmals wurden auch Sanktionen gegen Schweizer Anwälte verhängt - wegen Beihilfe zur Wäsche russischer Gelder über Briefkastenfirmen. Andres Baumgartner und Fabio Libero Delco von der Kanzlei Dietrich Baumgartner „sind bedeutende Verwalter russischer Vermögenswerte und spielen eine wichtige Rolle bei der Organisation der Geschäfte und Geldströme von Russen in der Schweiz und Liechtenstein“, so das US Office of Foreign Assets Control in einer Erklärung.

Dank der internationalen Sanktionsregelung, die von den Vereinigten Staaten und ihren globalen Partnern umgesetzt wurde, sei Russland immer stärker auf komplexe und teure transnationale Systeme angewiesen, um kritische technologische und fertigungstechnische Komponenten und Maschinen zu beschaffen, die es für den Aufbau seiner eigenen Waffenproduktionskapazitäten benötigt, heißt es in der Pressemitteilung. Dazu gehören sensible Güter mit doppeltem Verwendungszweck, wie sie in der multilateralen [Common High Priority List](#) (CHPL) des Bureau of Industry and Security des US-Handelsministeriums aufgeführt sind, die von den Vereinigten Staaten, der Europäischen Union, Japan und dem Vereinigten Königreich entwickelt wurde.

Die neue Maßnahme des Finanzministeriums unterbreche eine Reihe laufender Vorhaben, indem mehr als 120 Personen und Organisationen benannt werden, darunter auch diejenigen, die an illegalen Beschaffungsnetzwerken beteiligt sind, sowie die

Finanzvermittler, die sie unterstützen. Finanzvermittler wie Anbieter von Treuhand- und Unternehmensgründungsdiensten – von denen mehrere jetzt neu sanktioniert wurden – seien wichtige Knotenpunkte in Ökosystemen zur Umgehung von Sanktionen, und Maßnahmen gegen sie könnten als Multiplikatoren wirken, indem sie gleichzeitig in mehreren Netzwerken zur Umgehung von Sanktionen störende Auswirkungen haben.

Das US-Finanzministerium nimmt auch mehr als 150 in Russland ansässige Unternehmen aus den Bereichen Verteidigung und damit zusammenhängende Materialien, Technologie, Fertigung und Luft- und Raumfahrt ins Visier, die fertige Militärprodukte oder Schlüsselkomponenten, Vorprodukte und Maschinen beschaffen oder herstellen, die es Russland ermöglichen, die Waffen, die es gegen die Ukraine einsetzt, zu bauen oder zu warten. Die US-Maßnahmen gegen russische Technologieunternehmen richteten sich insbesondere der Vertreiber von Hardware- und Softwarelösungen OCS (OCS Centre LLC), der IT-Systemintegrator Giant Computer Systems und der Lieferant elektronischer Bauteile Chip and Dip. Die Sanktionen gegen diese Unternehmen wurden mit der Begründung verhängt, dass sie dem Technologiesektor der russischen Wirtschaft angehören. Im Falle von Giant Computer Systems wies das US-Finanzministerium nach Angaben des Kommersant gesondert darauf hin, dass das Unternehmen ein Partner von ICL und Red Soft war, die im Februar 2024 sanktioniert wurden. Chip & Dip Shop wurde vom US-Ministerium als „Hersteller von Halbleitermodulen und Tantal-Elektrolytkondensatoren“ bezeichnet. Die Sanktionen wurden auch gegen den Elektronikhersteller FAB Rassvet JSC (ansässig in der SWZ Dubna) verhängt.

US-Dokumente zu den Maßnahmen vom 30. Oktober:

[Russia-related Designations and Designation Removals; Issuance of Russia-related General Licenses; Issuance of New and Updated Russia-related Frequently Asked Questions | Office of Foreign Assets Control](#)

[Treasury Takes Aim at Third-Country Sanctions Evaders and Russian Producers Supporting Russia's Military Industrial Base | U.S. Department of the Treasury](#)

Presseberichte:

[US cracks down on Russia sanctions evasion in fresh action | Reuters](#)

[Schweizer Anwälte auf US-Sanktionsliste: Russen-Hilfe im Fokus](#)

Am 30. Oktober hat das US-Finanzministerium zudem etliche russische Technologieunternehmen auf seine SDN-Sanktionsliste gesetzt. Betroffen sind etwa der Anbieter von Geräten und Softwarelösungen OSC Center LLC, der IT-Systemintegrator Gigant Computer Systems und der Elektrobauteile-Lieferant Chip and Dip sowie der Elektronikhersteller JSC FAB Rassvet. Das russische Staatsunternehmens Rosatom ist mit seinen Sparten Rosatom Digital Solutions und Rosatom Microelectronics betroffen sowie das Institut für Systemprogrammierung der Russischen Akademie der Wissenschaften, wie der russische Kommersant berichtet.

[Ukraine-Krieg - USA wollen mit Maßnahmenpaket Umgehung von Russland-Sanktionen stoppen](#)

[Санкции затронули IT-сектор – Коммерсантъ](#)

Mit Cordiant ist zudem einer der drei größten Reifenhersteller in Russland am 30. Oktober 2024 von den USA sanktioniert worden.

[Производитель шин «Кордиант» попал под санкции США](#)

Fünf neue US-General Licences erlauben Energiegeschäfte

Ende Oktober wurde eine Reihe neuer General Licences für Geschäfte etwa im Energiebereich und bei Telekommunikation veröffentlicht. Das Office of Foreign Assets Control OFAC der US-Treasury hat dabei Finanztransaktionen für das gesamte Geschäft mit Energieträgern - Produktion, Verarbeitung, Transport aller fossiler Träger- aber auch Uran bis zum 30 April 2025 erlaubt. Von Sanktionen befreit sind für diese Fälle unter anderem die eigentlich sanktionierte Russische Zentralbank, Vneshekonombank, Sberbank, Alfa-Bank, VTB Sovcombank und das „National Clearing Center“ als auch weitere Institutionen. Möglicherweise diene die Maßnahme als Vorgriff auf geplante Sanktionen gegen die Gazprombank, die Ende November veröffentlicht wurden und die im Energiehandel in Europa bislang eine dominierende Stellung hatte.

[download](#)

[Russia-related Designations and Designation Removals; Issuance of Russia-related General Licenses; Issuance of New and Updated Russia-related Frequently Asked Questions | Office of Foreign Assets Control](#)

Weiter Druck auf russisches LNG-Projekt

Die USA wollen härter gegen Firmen vorgehen, die Russland beim Arctic-LNG-2-Projekt helfen. Der stellvertretende US-Staatssekretär für Energieressourcen, Geoffrey Pyatt, kündigte entsprechende Maßnahmen an. Alle Personen oder Organisationen, die das Projekt materiell unterstützen, würden sich einem erheblichen Sanktionsrisiko aussetzen, betonte Pyatt in einer Stellungnahme gegenüber High North News aus der der Merkur zitiert. Auch gegen das chinesische Unternehmen Wison New Energies könnten künftig Strafmaßnahmen erlassen werden. Die Chinesen stehen aktuell im Verdacht, Komponenten für Kraftwerke in den Norden Sibiriens zu liefern. Pyatt zufolge will man verhindern, dass die russischen Energieproduktions- und -exportkapazitäten erweitert werden.

Wison New Energies ist ein wichtiger Partner für das Projekt Arctic-LNG-2. Eigentlich hatte die Firma schon im Juni 2024 offiziell beschlossen, alle laufenden Projekte in Russland einzustellen und auf unbestimmte Zeit keine neuen Aufträge in Russland mehr

anzunehmen. Aktuelle Informationen deuten jedoch darauf hin, dass die Arbeit weitergeht.

Russlands Prestige-Projekt wankt wegen Sanktionen – China muss für Rettung tricksen

Spekulationen über Deal: Hebt Trump Teile der Russland-Sanktionen auf?

Der designierte US-Präsident Donald Trump könnte Sanktionen gegen Russland aufheben oder abmildern, wenn der Krieg in der Ukraine beendet wird. Diese Aussagen soll laut einem Bericht der Moscow Times ein Vertreter von Trumps Übergangsteam gegenüber der russischen Nachrichtenagentur TASS gemacht haben. Unmittelbar nach der Wahl Trumps verzeichnete auch die Moskauer Börse einen deutlichen Kursanstieg, der zwei Wochen nach der Wahl aber bereits einer Ernüchterung gewichen ist.

„Sicherlich ist [die Aufhebung von Sanktionen] eine Möglichkeit, wenn der Konflikt [in der Ukraine] gelöst wird“, sagte der anonyme Gesprächspartner aus dem Trump-Umfeld der Agentur TASS. Ihm zufolge beabsichtigt Trump, eine „Mischung aus Zuckerbrot und Peitsche“ zu verwenden, wenn er mit Russland über die ukrainische Frage verhandelt. Die Quelle fügte hinzu, dass der gewählte Präsident versuchen werde, „unter Umgehung des Außenministeriums“ direkt mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin und dem ukrainischen Staatschef Wladimir Selenskyj zu kommunizieren.

Donald Trump soll am 20. Januar 2025 sein Amt als Staatsoberhaupt antreten. Er versprach während des Wahlkampfes, unmittelbar nach seinem Amtsantritt Frieden in der Ukraine zu schaffen. Wie das Wall Street Journal schreibt, schlugen Trumps Berater vor, den Krieg in der Ukraine „einzufrieren“ und eine entmilitarisierte Zone von etwa 1300 Kilometern Länge zu schaffen sowie den Beitritt Kyjiws zur NATO für 20 Jahre zu verweigern, dies aber durch die Lieferung von US-Waffen zu kompensieren.

Nach Angaben der Nachrichtenagentur Reuters sei Putin bereit, mit Trump über ein „Einfrieren“ des Krieges entlang der Frontlinie zu sprechen. Fünf dem Kremlin nahestehende Quellen sagten der Nachrichtenagentur angeblich, man spreche über einen Waffenstillstand und ein Einfrieren des Krieges. Putin könnte sich bereit erklären, seine Truppen aus einigen der eroberten Gebiete abzuziehen, wird aber darauf bestehen, die Kontrolle über die annektierten Regionen zu behalten. Er wird auch verlangen, dass die Ukraine sich weigert, der NATO beizutreten.

Drei Quellen ließen Gespräche über die genaue Aufteilung von vier Regionen zu: die Regionen Donezk, Luhansk, Saporischschja und Cherson. Obwohl Putin diese Regionen als russisch deklariert hat, kontrolliert seine Armee laut Reuters in Wirklichkeit nur 70-80 Prozent des Gebiets, während etwa 26.000 km² noch von ukrainischen Streitkräften gehalten werden. Den beiden Beamten zufolge sei der Präsident auch bereit, kleine Gebiete in den Regionen Charkiw und Mykolaiv zurückzugeben.

Russland hat laut Berechnungen von Reuters derzeit 18 Prozent des ukrainischen Staatsgebiets besetzt, darunter die Krim, 80 Prozent des Donbass und 70 Prozent der

Regionen Saporischschja und Cherson. Außerdem kontrolliere Russland etwa 3 Prozent der Region Charkiw und einen Teil der Region Mykolaiv. Insgesamt handelt es sich um mehr als 110.000 km². Die Ukraine hält etwa 650 km² der russischen Region Kursk besetzt.

Am 28. November wurde bekannt, dass Donald Trump den 80-jährigen Vietnam-Veteran Keith Kellogg zum Sonderbeauftragten für die Ukraine ernannt hat. Dieser solle den Krieg Russlands gegen das Land beenden. Sanktionen gelten für diesen Fall als Verhandlungsmasse im Austausch gegen russische Zugeständnisse. Gleichzeitig scheint aber auch eine weitere Eskalation im Falle einer russischen Ablehnung von Friedensgesprächen nicht ausgeschlossen zu sein.

[Machtwechsel in den USA: General Keith Kellogg soll den Krieg in der Ukraine beenden - DER SPIEGEL](#)

[Reuters: Путин готов заморозить войну и может отказаться от планов полностью захватить четыре области Украины - Русская служба The Moscow Times](#)

Ausweitung der Entity List

Das Bureau of Industry and Security (BIS) des US-Handelsministeriums hat 40 ausländische Unternehmen und vier Adressen in seine Entity List aufgenommen, um zu verhindern, dass Produkte mit US-Ursprung über Drittländer nach Russland umgeleitet werden. Dies berichtet Globalsanctions.com. Darüber hinaus hat das BIS die Beschränkungen für 49 bereits in der Entity List aufgeführte Unternehmen verschärft, um ihre Ausfuhren, Wiederausfuhren und Transfers (im Inland) bestimmter im Ausland hergestellter Waren stärker zu kontrollieren. Außerdem hat das BIS die Kontrollen für neun chemische Grundstoffe, die zwar kommerziell genutzt werden, aber auch für chemische Waffen verwendet werden können, erweitert. Für die in der US-Entity-Liste aufgeführten Parteien gelten individuelle Genehmigungsanforderungen.

[Commerce Targets Illicit Procurement Networks Supplying Russia's Military and Restricts Chemical Precursors Enabling Russia's Use of Chemical Weapons Against Ukraine | Bureau of Industry and Security](#)

US-LNG-Sanktionen zeigen offenbar Wirkung

Russlands größtes Flüssigerdgasprojekt, Novateks Arctic LNG 2, hat nach einer neuen Runde von US-Sanktionen die Produktion eingestellt. Dies berichtet die Moscow Times unter Berufung auf Bloomberg. Den Gesprächspartnern der Agentur zufolge findet die Anlage, die 25 Milliarden Dollar gekostet und deren Bau fast zehn Jahre gedauert hat, keine Käufer für ihr Gas, so dass sich unverkaufte Bestände ansammeln. Im Oktober reduzierte Novatek die Gasproduktion für Arctic LNG-2 auf 5,3 Millionen Kubikmeter pro Tag, weniger als die Hälfte des Niveaus vom September (12,1 Millionen Kubikmeter pro

Tag). Die kommerzielle Verflüssigung von Gas in der Anlage sei gestoppt worden, lediglich die für die Aufrechterhaltung des technischen Zustands erforderlichen Arbeiten würden fortgesetzt, so die Quellen von Bloomberg. Seit August habe Arctic LNG 2 acht LNG-Lieferungen verschifft, aber eine davon konnte nicht verkauft werden, obwohl Novatek Preisnachlässe von bis zu 40 % auf die Marktpreise angeboten hatte.

Die Gasabnehmer seien vorsichtig, wenn es um Tanker von Arctic LNG 2 geht, gegen die die USA Sanktionen verhängt haben: Im August wurden acht Schiffe, die mit dem Projekt in Verbindung stehen, auf die schwarze Liste gesetzt. Die Novatek-Werft selbst geriet im November letzten Jahres unter US-Restriktionen, woraufhin ausländische Aktionäre ihre Beteiligung einfroren und die südkoreanische Werft sich weigerte, Gastanker der Eisklasse zu liefern.

Im Juni verschärften die USA ihre Sanktionen gegen Novatek. Alle im Bau befindlichen Projekte (Murmansk LNG, Ob LNG, Murmansk Transgaz, Arctic LNG 2, Arctic LNG 3) sowie 7 von 15 bei der russischen Werft Zvezda bestellten LNG-Tankern wurden auf die schwarze Liste gesetzt.

6. Sanktionen weiterer Länder

Großbritannien

Sanktionen gegen russische Öltanker und Rüstungsindustrie

Das Vereinigte Königreich hat eine Gasgesellschaft, 18 russische Öltanker und vier LNG-Tanker neu sanktioniert. Bei dem Unternehmen handelt es sich um die russische Gasgesellschaft Rusgazdobycha JSC, die aufgrund ihrer Rolle im russischen Energiesektor gelistet wurde. Die 22 gelisteten Schiffe dürfen britische Häfen nicht mehr anlaufen. Dies ist bislang die umfassendste Listung von Schiffen durch das Vereinte Königreich.

[UK strikes at the heart of Russian energy revenues funding Putin's war - GOV.UK](https://www.gov.uk/government/news/uk-strikes-at-the-heart-of-russian-energy-revenues-funding-putin-s-war)
(www.gov.uk)

Großbritannien hat zudem am 7. November Sanktionen gegen mehr als 40 natürliche und juristische Personen aus Russland und Drittstaaten wegen Verbindungen zum russischen Rüstungssektor verhängt. Gelistet wurden etwa AK Microtech, ein russisches Unternehmen, welches Ingenieurberatungsdienstleistungen erbringt, die Aktiengesellschaft Management of Advanced Technologies und deren Generaldirektor Alexey Streltschenko, die Firma Dalkos und deren Gründer Konstantin Kalinow und Alexander Puschkow, das Unternehmen Technology for the Development of Open Systems, welches auf die Lieferung von Industrieausrüstung spezialisiert ist sowie der Elektro-Bauteilelieferant Elesar-Group und das Design Bureau Navis- Konstruktionsbüro.

Britische Sekundärsanktionen sind gegen Unternehmen aus China, Kasachstan, der Türkei, Usbekistan und Estland verhängt worden, da diese Mikroelektronik, Bauteile für Drohnen, Werkzeugmaschinen und andere Geräte mit doppeltem Verwendungszweck – zivilem wie militärischem - nach Russland geliefert haben sollen. Das britische Finanzministerium hat zudem die russische Factoring-Gesellschaft Zenit Finance neu auf seine Sanktionsliste gesetzt.

[Notice Russia 071124.pdf](#)

Neu in Großbritannien sanktioniert wurden zudem drei russische Agenturen und drei hochrangige Persönlichkeiten, die versucht haben sollen, die Ukraine und ihre Demokratie zu untergraben und zu destabilisieren: Die vom Kreml beauftragte Social Design Agency (SDA) wird gelistet, weil sie versucht hat, anti-ukrainische Proteste in ganz Europa zu schüren. Neue Sanktionen treffen auch 3 Führungskräfte, die die Operationen des Unternehmens leiten. Die Social Design Agency (SDA) werde direkt vom russischen Staat beauftragt und finanziert und habe zusammen mit ihrer Partnerfirma Structura versucht, eine Reihe von Störmanövern durchzuführen, um die Demokratie zu untergraben und die internationale Unterstützung für die Ukraine zu schwächen, heißt es zur Begründung der Sanktionen. In diesem Jahr habe die SDA auch versucht, in einem halben Dutzend europäischer Länder Proteste anzuzetteln. Obwohl die Russen viel Geld in die Einmischungsaktivitäten dieser bössartigen Organisationen gesteckt haben, hatten ihre

Lügen im Internet stets einen schweren Stand, da Bots und gefälschte Websites nur in begrenztem Umfang aktiv wurden. Dies hat die SDA gezwungen, den Kauf von Ansichten in den sozialen Medien in Betracht zu ziehen.

[UK sanctions Putin's interference actors - GOV.UK](#)

Zusätzliche Listung von Tankern

Die britische Regierung verstärkte am 25. November nochmals ihre Sanktionen gegen die russische Schattenflotte: „30 Schiffe der russischen Schattenflotte, die allein im vergangenen Jahr für den Transport von Öl und Ölprodukten im Wert von mehreren Milliarden Pfund verantwortlich waren, wurden heute von Großbritannien mit Sanktionen belegt“, teilte das Außenministerium in London am 27. November mit. Auch die Versicherer im Hintergrund würden ins Visier genommen. Insgesamt habe Großbritannien nun Sanktionen gegen 73 Öltanker ausgesprochen, berichtete Business Insider.

[Британия усилила санкции против теневого флота, перевозящего российскую нефть](#)

HSBC stoppt Zahlungsverkehr mit Russland

Die britische Bank HSBC, die nach Vermögenswerten größte Bank des Landes, nimmt keine Zahlungen aus Russland und Belarus mehr an. Nach Angaben von Reuters hat die Bank eine Mitteilung an ihre Kunden verschickt, in der sie davor warnt, dass das Verbot einzelne Kunden betrifft und für alle eingehenden Transaktionen aus den beiden Ländern verhängt wird. Die HSBC hatte bereits im vergangenen Sommer den Zahlungsverkehr für russische Unternehmen eingestellt, die die Filiale der Bank in Hongkong für Transaktionen mit Asien nutzten. Die Beschränkungen wurden nach einem Besuch von US-Beamten in Hongkong verhängt, die forderten, dass die Lieferung von Waren, die unter die Sanktionen fallen, an Russland gestoppt wird.

Kasachstan

Diskussion zu Russland-Sanktionen

Kasachische Unternehmen wollen Sekundärsanktionen vermeiden, aber das Land wird weiterhin eng mit Russland zusammenarbeiten. Dies erklärte der kasachische Botschafter in Russland, Dauren Abajew, auf einer Pressekonferenz der Nachrichtenagentur TASS. Ihm zufolge sind etwa zehn Unternehmen des Landes von solchen Sanktionen betroffen, aber das sind Einzelfälle.

„Kasachische Unternehmen wollen natürlich nicht von Sanktionen betroffen sein, da sich jede Einschränkung negativ auf ihre Aktivitäten auswirkt“, betonte Abayev. Er wies jedoch darauf hin, dass die strategische Partnerschaft und die verbündeten Beziehungen zwischen Kasachstan und Russland fortbestehen, und das Wachstum des Handelsumsatzes bestätigt die Fortsetzung der Zusammenarbeit.

Der kasachische Wirtschaftsminister Nurlan Baibazarov kommentierte Anfang November die Aufnahme kasachischer Unternehmen in die Sanktionslisten des Vereinigten Königreichs mit den Worten, dass es sich nicht um systematische Verstöße handle. Bei den Sanktionen handle es sich hauptsächlich um Ein-Tages-Firmen, und die Republik halte sich weiterhin an die internationalen Beschränkungen.

Der stellvertretende Außenminister von Kasachstan, Roman Vasilenko, erklärte, dass die Behörden nicht wollen, dass das Territorium des Landes zur Umgehung der gegen Russland verhängten Sanktionen genutzt wird. Er erinnerte daran, dass die Republik diese Beschränkungen nicht unterstütze.

„Kasachstan hat keine Sanktionen gegen Russland verhängt, und Kasachstan hat sich den Sanktionen gegen Russland nicht angeschlossen. Gleichzeitig wollen wir nicht, dass unser Territorium zur Umgehung von Sanktionen genutzt wird“, sagte Vasilenko in einem Interview mit der polnischen Nachrichtenagentur RAR (zitiert von TASS).

Schweiz

14. Sanktionspaket der EU nun vollständig übernommen

Am 16. Oktober beschloss der Schweizer Bundesrat, die meisten Maßnahmen des 14. Sanktionspakets der EU gegen Russland zu übernehmen, heißt es auf der Webseite der Schweizerischen Eidgenossenschaft. Die neuen Maßnahmen traten am 17. Oktober in Kraft. Am 8. Juli wurden bereits 116 Personen und Organisationen auf die Sanktionsliste der Schweiz gesetzt, und am 21. August wurden die ersten Maßnahmen des 14. Sanktionspakets verabschiedet. Insgesamt stehen in der Schweiz derzeit rund 2250 Personen, Unternehmen und Organisationen im Zusammenhang mit der Ukraine-Krise auf der Sanktionsliste. Diese ist identisch mit derjenigen der EU.

Am 21. August hat der Bundesrat beschlossen, weitere Maßnahmen des 14. Sanktionspakets der EU gegen Russland zu übernehmen. Ein besonderer Schwerpunkt dieser Sanktionen lag auf der internationalen Harmonisierung der Verbote für russische Diamanten. Nach eingehender Prüfung hat der Bundesrat am 16. Oktober nun beschlossen, auch die restlichen Maßnahmen des 14. Sanktionspakets, die die Schweiz betreffen, zu übernehmen und damit die Wirkung der Sanktionen zu verstärken.

Maßnahmen im Güterbereich

Mit diesem Beschluss werden die Ausfuhrbeschränkungen für Güter, die zur Stärkung des russischen Industriesektors sowie der militärischen und technologischen Fähigkeiten bestimmt sind, weiter verschärft. Zudem wird die Liste der Unternehmen, die strengeren Ausfuhrbeschränkungen unterliegen, um 61 Unternehmen erweitert. Rund die Hälfte dieser Unternehmen ist in Drittländern ansässig und mit dem russischen Militärkomplex verbunden. Der Bundesrat hatte bereits am 31. Januar beschlossen, dass Unternehmen bei der Ausfuhr in Drittländer die Wiederausfuhr bestimmter kritischer Güter (*gemeinsame Güter mit hoher Priorität*) nach Russland vertraglich verbieten müssen. Eine entsprechende Verpflichtung wurde nun für die Übertragung von Rechten an geistigem

Eigentum und Geschäftsgeheimnissen eingeführt, um zu verhindern, dass in Drittländer übertragenes industrielles Know-how für die Herstellung solcher Güter zur Verwendung in Russland genutzt wird. Darüber hinaus besteht nun ein Verbot für den Kauf und die Einfuhr von russischem Helium.

Maßnahmen im Finanzsektor

Die Nutzung bestimmter spezialisierter Finanznachrichtendienste für den Zahlungsverkehr (d. h. Alternativen zu SWIFT) wird für Banken verboten. Der Bundesrat hat auch verschiedene gesetzliche Bestimmungen zu Transaktionsverboten eingeführt. Eine davon betrifft Anbieter von Krypto-Assets, die Transaktionen zur Unterstützung der russischen Rüstungsindustrie ermöglichen. Diese neuen Sanktionen werden die Fähigkeit des Kremls einschränken, Gelder zur Finanzierung seiner Kriegsmaschinerie zu kanalisieren.

Maßnahmen im Energiesektor

Der Bundesrat hat mehrere Sanktionen gegen Flüssigerdgas (LNG) eingeführt. Es wird nun verboten sein, in LNG-Projekte zu investieren, die in Russland gebaut werden, oder solche Projekte mit den erforderlichen Gütern zu beliefern. Ab März 2025 wird es auch verboten sein, Dienstleistungen für den Umschlag von russischem LNG auf dem Gebiet der EU zu erbringen. Das neue Sanktionspaket verbietet auch den Kauf, die Einfuhr und den Transport von russischem LNG über Terminals in der EU, die nicht an das Gasleitungsnetz angeschlossen sind.

Schutz für Schweizer Personen und Unternehmen

Um Schweizer Unternehmen besser zu schützen, hat der Bundesrat ein Gesetz eingeführt, das es ihnen ermöglicht, vor Schweizer Gerichten Schadenersatz für Verluste zu fordern, die den Schweizer Unternehmen durch willkürliche Verfahren in Russland oder Drittländern entstanden sind. Dasselbe gilt für Schweizer Personen und Unternehmen, deren Vermögen in Russland unrechtmäßig enteignet wurde.

Die EU hat auch die Annahme von Anträgen auf Eintragung bestimmter Rechte des geistigen Eigentums (Marken, Patente usw.) durch russische Staatsangehörige und Unternehmen eingeschränkt. Dies liegt daran, dass die russische Regierung und die russischen Gerichte Maßnahmen ergriffen haben, um den Inhabern von Rechten des geistigen Eigentums der EU ihren Schutz in Russland unrechtmäßig zu entziehen. Für Schweizer Unternehmen stellt sich die Situation anders dar, da es keine Verletzungen von Rechten des geistigen Eigentums durch Russland gegenüber Schweizer Unternehmen gegeben hat. Der Bundesrat hat daher beschlossen, diese Maßnahme zum Schutz von Schweizer Unternehmen nicht zu ergreifen; er wird die Situation jedoch weiterhin beobachten.

Tochtergesellschaften im Ausland

Mit dem 14. Sanktionspaket hat die EU eine allgemeine Verpflichtung für Unternehmen eingeführt, sicherzustellen, dass ihre Tochtergesellschaften in Drittländern die Sanktionen der EU nicht untergraben. Das Schweizer Recht deckt in der Regel nur Situationen ab, die

auf Schweizer Territorium auftreten. Es kann jedoch Fälle geben, in denen das Schweizer Recht anwendbar ist, beispielsweise wenn von der Schweiz aus Zahlungen getätigt oder Anweisungen erteilt werden, die durch die Sanktionen verboten sind. Dadurch können Schweizer Unternehmen, die ihre Tochtergesellschaften zur Umgehung von Sanktionen nutzen, strafrechtlich verfolgt werden. Das SECO untersucht derzeit eine Reihe von Fällen, in denen Schweizer Unternehmen verdächtigt werden, über ihre Tochtergesellschaften im Ausland gegen Sanktionen zu verstoßen. Die Schweizerische Bundesanwaltschaft hat einen der Fälle übernommen. Die Schweiz verfügt bereits nach geltendem Sanktionsrecht über die Mittel, um Unternehmen wegen Umgehung von Sanktionen durch ihre Tochtergesellschaften zu verfolgen, und tut dies auch aktiv. Vor diesem Hintergrund hat der Bundesrat beschlossen, diese EU-Maßnahme in ihrer derzeitigen Form nicht zu übernehmen. Das WBF wird die Situation beobachten und den Bundesrat informieren, falls sich die Position ändert.

Weitere Maßnahmen

Sanktionen wurden auch gegen 27 Schiffe verhängt, die am Krieg Russlands gegen die Ukraine beteiligt sind, darunter Schiffe der „dunklen Flotte“ Russlands (Schiffe, die Güter mit militärischer Anwendung nach Russland liefern, die internationale Ölpreisobergrenze unter Missachtung internationaler Standards umgehen oder aus der Ukraine geplündertes Getreide transportieren). Zu den Maßnahmen gehören Verbote, Dienstleistungen, einschließlich Finanzdienstleistungen, für solche Schiffe zu erbringen oder sie zu erwerben oder zu betreiben.

Um den Einfluss Russlands auf demokratische Prozesse in der Schweiz zu begrenzen, hat der Bundesrat außerdem beschlossen, politischen Parteien, NGOs und Mediendienstleistern die Annahme von Spenden der russischen Regierung zu verbieten. Wie in der EU sind Ausnahmen vorgesehen, um beispielsweise das Recht auf freie Meinungsäußerung, Informations- und Medienfreiheit zu gewährleisten.

[Ukraine: Switzerland implements further measures in 14th EU sanctions package \(admin.ch\)](#)

EU-Sanktionen gegen Belarus übernommen

Die Schweiz hat jetzt auch weitere EU-Sanktionen gegen Belarus übernommen. Bereits im Juni 2024 verhängte Brüssel zusätzliche Sanktionsmaßnahmen gegen Belarus, darunter:

- Ausweitung der Liste der Waren, die einem Export-/Importverbot unterliegen;
- Verbot bestimmter Dienstleistungen im Zusammenhang mit (u. a.) Buchhaltung und Rechnungsprüfung;
- Einführung neuer Transportverbote; und
- die Verpflichtung für EU-Unternehmen, die Wiederausfuhr sensibler Güter und Technologien nach Belarus vertraglich zu verbieten.

Die Schweiz zieht nun nach.

[Ukraine: Switzerland adopts new sanctions against Belarus](#)

7. Blick über den Tellerrand

EU sanktioniert Iran wegen Drohnenlieferungen an Russland

Die Außenminister der Europäischen Union haben beschlossen, Irans Lieferung von Drohnen und Raketen an Russland, die im Krieg in der Ukraine eingesetzt werden, zu sanktionieren. Die Sanktionen betreffen auch europäische Komponenten. Dies berichtet Euractiv.

Die EU erweiterte den Umfang möglicher Sanktionen gegen Iran, um Personen und Unternehmen einzuschließen, die „Schiffe und Häfen für den Transfer“ von in Iran hergestellten unbemannten Luftfahrzeugen (UAVs) – also Drohnen – und Raketen sowie zugehörigen Technologien und Komponenten nach Russland nutzen. Konkret umfasst dieser Schritt auch ein Transaktionsverbot für „Häfen und Schleusen, die sich im Besitz von gelisteten Personen und Unternehmen befinden, von diesen betrieben oder kontrolliert werden oder für den Transfer iranischer UAVs oder Raketen oder zugehöriger Technologie und Komponenten nach Russland verwendet werden“, teilte der Rat am 18. November in einer Erklärung mit. Ebenfalls eingeschlossen ist die Bereitstellung „jeglicher Dienstleistungen“ für Schiffe, die für den Transport von Drohnen, Raketen oder zugehörigen Technologien genutzt werden, heißt es in der Erklärung.

Die Islamic Republic of Iran Shipping Lines (IRISL), die nationale iranische Reederei, sowie MG Flot, VTS Broker und Arapax, drei russische Schifffahrtsunternehmen, wurden ebenfalls sanktioniert. Um sicherzustellen, dass kein EU-ansässiges Unternehmen in der Lieferkette iranischer Drohnen, die von Russland gegen die Ukraine eingesetzt werden, beteiligt ist, zielen die neuen Maßnahmen auch auf den Export, Transfer, die Lieferung oder den Verkauf von „Komponenten, die in der Entwicklung und Produktion von Raketen und UAVs verwendet werden“, von der EU nach Iran ab.

[EU sanktioniert Irans Drohnengeschäft mit Russland – Euractiv DE](#)

Russland verbietet Obst aus Kasachstan

Die russische Aufsichtsbehörde für Landwirtschaft hat vorübergehend den Import von mehreren Obst- und Gemüsesorten aus Kasachstan verboten. Wie das amerikanische Medium Politico berichtet, werden derzeit keine Tomaten, Paprika, Melonen, Weizen und Linsen aus dem zentralasiatischen Land nach Russland exportiert. „Die Entscheidung wurde getroffen, weil die zuständigen Behörden in Kasachstan keine Maßnahmen ergriffen, um die phytosanitäre Sicherheit der versandten Produkte gewährleisten konnten“, hieß es auf der Webseite der Veterinär- und Pflanzenschutzaufsicht der Russischen Föderation.

Die Berliner Zeitung vermutet hingegen in einem Bericht, dass Russland damit Kasachstan unter Druck setzen wolle, doch noch der Staatengruppe BRICS beizutreten. Ähnliche Maßnahmen hatte Russland Anfang der 2000er Jahre bereits gegen Polen ergriffen, das

damals ein Partnerschaftsabkommen der EU mit Russland verhinderte. Auch in diesem Fall hatten phytosanitäre Gründe als Vorwand gedient.

Die restriktive Maßnahme erfolgte nur wenige Tage nachdem Kasachstan, die größte Volkswirtschaft Zentralasiens, einer BRICS-Mitgliedschaft vorläufig eine Absage erteilte. „Derzeit und höchstwahrscheinlich auch in absehbarer Zukunft wird Kasachstan davon absehen, einen Antrag bei Brics einzureichen“, sagte damals der Pressesprecher des kasachischen Präsidenten, Kassym-Schomart Tokajew, gegenüber lokalen Medien. Wie es vom Pressesprecher heißt, priorisiere Astana derzeit die Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen. „Der Präsident hat sich wiederholt für die Uno als eine universelle Organisation ausgesprochen, in der alle aktuellen internationalen Probleme diskutiert werden können und sollten.“ Laut Tokajew sind die Vereinten Nationen nicht frei von Mängeln, es gebe jedoch keine alternative Organisation, sie brauche daher die Unterstützung der Weltgemeinschaft.

Derzeit ist BRICS ein Zusammenschluss von neun Mitgliedsstaaten: Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika, die Vereinigten Arabischen Emirate, Iran, Ägypten und Äthiopien. Weitere Länder wie die Türkei, Syrien oder Aserbaidschan haben erst kürzlich eine Mitgliedschaft beantragt.

[Nach Brics-Absage: Russland verbietet Einfuhr von Obst und Gemüse aus Kasachstan](#)

8. Termine

3. Dezember 2024: Business for Business – aktuelle wirtschaftliche Situation in Russland. Online, 9:30 – 11:00 Uhr

Der Ost-Ausschuss lädt zu einer weiteren Ausgabe der Online-Veranstaltung via Teams zum Thema Umgang mit der aktuellen wirtschaftlichen Situation in Russland, Business for Business am Dienstag, 3. Dezember 2024 von 09:30 – 11:00 Uhr (MEZ) ein. Das Format richtet sich direkt an Mitgliedsunternehmen des Ost-Ausschusses vor Ort und in Deutschland und soll vor allem dem Erfahrungsaustausch, dem praktischen Umgang mit der Situation dienen und für mehr Klarheit und Sicherheit auch in rechtlichen und steuerlichen Fragen sorgen.

Bei Interesse zur Teilnahme oder bei Fragen zur Veranstaltung wenden Sie sich bitte an Dr. Christiane Schuchart C.Schuchart@oa-ev.de oder Jens Böhlmann j.Boehlmann@oa-ev.de.

11. Dezember 2024: 7. Deutsch-Ukrainisches Wirtschaftsforum, 12:30 – 17:30 Uhr, Haus der Deutschen Wirtschaft in Berlin

Am 11. Dezember findet ab 12:30 Uhr im Berliner Haus der Deutschen Wirtschaft das 7. Deutsch-Ukrainische Wirtschaftsforum statt. Es wird organisiert vom Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft (OA), der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK) und der Deutsch-Ukrainischen Industrie- und Handelskammer (AHK Ukraine).

Deutsche und ukrainische Unternehmensvertreterinnen und Unternehmensvertreter werden gemeinsam mit hochrangigen politischen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern über die Möglichkeiten der bilateralen Zusammenarbeit diskutieren. Dabei sollen insbesondere die wirtschaftliche Resilienz, die Energieversorgung und die Stärkung der Verteidigungsfähigkeit der Ukraine im Mittelpunkt stehen. Der Bundeskanzler Olaf Scholz und der ukrainische Premierminister Denys Schmyhal haben ihre Teilnahme bestätigt.

Leider ist die Veranstaltung bereits ausgebucht. Den aktuellen Programmstand können Sie unter diesem [Link](#) einsehen. Im Ost-Ausschuss steht Ihnen für Rückfragen Regionaldirektorin Osteuropa Alena Akulich gerne zur Verfügung, a.akulich@oa-ev.de

Alle aktuellen Termine mit Ost-Ausschuss-Beteiligung finden Sie online auf dieser Seite:

[Termine | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

9. Tipps & Links

Podcast zur russischen Wirtschaft. Die österreichische Zeitung Presse bietet einen **Podcast zur russischen Wirtschaft** an. Beteiligt ist mit Eduard Steiner ein langjähriger Russland-Korrespondent. Vasily Astrov ist Russland-Experte des WIIW. In dieser Folge geht es um eine Sanktionsbilanz:

[Russland - Podcast zur Wirtschaft: Waren die Sanktionen für die Katz? – DiePresse.com](#)

In diesem Beitrag beschäftigt sich der Merkur mit dem Aufbau eines Dollar-unabhängigen **Finanzsystems durch Russland** in Verbindung mit den BRICS-Staaten. Die Erfolgchancen werden sehr skeptisch gesehen:

[Neuer Kreml-Plan für eine Handelsbörse – West-Sanktionen setzen Russland unter Druck](#)

Die AHK Belarus hat ein **Sanktions-Update** veröffentlicht, das die bestehenden Sanktionsbestimmungen zu Belarus zusammenfasst:

[Sanktionsupdate Belarus August 2024.pdf - Google Drive](#)

Eine konsolidierte Fassung der EU-Sanktionen gegen Belarus befindet sich hier:

[Konsolidierter TEXT: 32006R0765 — DE — 13.09.2024](#)

Wichtige Informationen und Kontakte zu Sanktionen:

Leitfaden der G7-Länder zur Sanktionsumsetzung (mit weiterführenden Links):

[ae2e63e2-4c4d-4f77-9757-c408ddbcede1_en \(europa.eu\)](#)

BMWK-Risikoleitfaden für Unternehmen zur Sanktionsumsetzung:

[Sanktionsumgehung – Hinweispapier zur Unterstützung der Unternehmen beim Umgang mit warenverkehrsbezogenen Sanktionen \(quisuisse.net\)](#)

Weitere Hinweise zum Thema:

[BMWK - Sanktionsdurchsetzung & Sanktionsstrafrecht](#)

Übersichtsseite des BAFA zu Russland-Sanktionen

[BAFA - Russland](#)

BAFA-Telefon-Hotline: Beim Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) können sich deutsche Exporteure über eine Telefon-Hotline zu Exportbeschränkungen bei Geschäften mit Partnern in Russland informieren: +49 (6196) 9081237 (Mo-Do 8:30 Uhr bis 16:00 Uhr / Freitag 8:30 Uhr bis 15:00 Uhr).

Fragen zu Ausfuhrvorhaben, zu Empfängern in Russland oder zur Einstufung von Gütern erfolgen über das Formular „Sonstige Anfrage“ im [ELAN-K2 Ausfuhr-System](#). Bei Anfragen zu Gütern sind die zugehörigen Zolltarifnummern anzugeben. Dabei ist für jedes Gut eine einzelne Güterbeschreibung mit zugehöriger Zolltarifnummer im Antrag anzulegen sowie die Güter numerisch nach den Warenverzeichnisnummern bei mehr als fünf Güterpositionen zu sortieren.

Rechtliche Grundsatzfragen, Anfragen von Hilfsorganisationen und Privatpersonen können unter folgender E-Mail gestellt werden: ru-embargo@bafa.bund.de.

Sanktionsübersicht der deutschen Zollbehörde

Der deutsche Zoll hat auf seiner Internetseite konsolidierte Fassungen zu den europäischen Sanktionsverordnungen gegen Russland und Belarus eingestellt:

Russland:

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:02014R0833-20231001>

Belarus:

https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo_eg_765_2006.pdf?__blob=publicationFile&v=19

EU-Sanktionen

EU-FAQ zu Sanktionen (Stand 5. September):

[Consolidated version - Frequently asked questions concerning sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine and Belarus' involvement in it. \(europa.eu\)](#)

FAQ zum 14. Sanktionspaket (25. Juni 2024):

[Q&A 14th package of restrictive measures against Russia \(europa.eu\)](#)

EU-Übersicht zu allen bisherigen Russlandsanktionen:

[Sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine - European Commission \(europa.eu\)](#)

Hier finden Sie die beiden **Listen von Gütern, die die EU als besonders kritisch** für die russische Kriegsführung einschätzt sowie die Liste von Gütern, die auf dem Schlachtfeld in der Ukraine gefunden wurden:

[List of economically critical goods - A list of mainly industrial goods subject to EU sanctions, for which anomalous trade flows via certain third countries to Russia have been detected \(europa.eu\)](#)

[List of common high priority items - European Commission \(europa.eu\)](#)

„Whistleblower-Tool“ der EU

Über diese Internetseite können Sie anonym und verschlüsselt Hinweise auf EU-Sanktionsverstöße weitergeben:

[EUsanctions - Home \(integrityline.com\)](#)

Auf dieser Überblicks-Seite hat die EU **grundsätzliche Informationen zu den Zielen ihrer Sanktionspolitik** sowie zu den Entscheidungsmechanismen und den Strafen bei Sanktionsverstößen zusammengestellt:

[Wie und wann die EU Sanktionen verhängt - Consilium \(europa.eu\)](#)

Auf dieser **Wikipedia-Seite** finden Sie umfangreiche Daten und Fakten zu den EU-Sanktionen gegen Russland seit Beginn des russischen Überfalls auf die Ukraine:
[Sanktionen gegen Russland seit dem Überfall auf die Ukraine – Wikipedia](#)

Das amerikanische Office of Foreign Asset Control OFAC hat ein Video veröffentlicht, das eine **Anleitung zur Nutzung des OFAC-Sanktionslisten-Suchtools** und empfohlene Schritte zur Bewertung einer möglichen Übereinstimmung mit OFAC-Sanktionslisten enthält. Das Video ist das erste in der Videoreihe „OFAC Basics“ und dient als Ergänzung zur Reihe „Introduction to OFAC“, die im Abschnitt „US Guidance“ auf dieser Website zu finden ist.

[OFAC Basics Video Series - Sanctions List Search | Office of Foreign Assets Control \(treasury.gov\)](#)

„**Kurzinformationen für Arbeitgeber**“ sind zu diesem Thema auch auf dem Portal „[Make it in Germany](#)“ unter dem Link [Gewinnung und Beschäftigung von russischen Fachkräften \(make-it-in-germany.com\)](#) abrufbar.

Euler- Hermes – Russland und Belarus – Infoseite:
[Russland - Ukraine - AGA-Portal \(agaportal.de\)](#)

GTAI-Sanktionsübersicht

Alle EU-Sanktionspakete in der Übersicht:

[Chronologische Übersicht über EU-Sanktionen gegenüber Russland | Zollbericht | EU | Krieg in der Ukraine \(gtai.de\)](#) GTAI-Überblick über die EU-Sanktionen im Finanzsektor:
[Finanzsanktionen gegen Russland | Wirtschaftsumfeld | Russland | Sanktionen \(gtai.de\)](#)

AEB: Sanktionsübersicht

Eine Übersicht zur Sanktionsentwicklung in Russland, FAQ und Unterstützungsmöglichkeiten finden Sie auf dieser der Internetseite der Association of European Businesses AEB in Russland:

[News \(aebrus.ru\)](#)

AHK Belarus Krisenhotline

+375 44 775 00 74 (Telegram, Viber, WhatsApp)

Von Montag bis Sonntag von 7- 21 Uhr MEZ (08.00 – 22.00 Uhr Minsker Zeit) erreichbar.

Übersicht zur europäischen **Sanktionsdurchsetzung**. Auf dieser Internetseite zum Thema European Sanctions Enforcement werden aktuelle Ermittlungen und Gerichtsverfahren zum Thema Sanktionsumgehung verzeichnet:

[European Sanctions Enforcement – \(duanemorris.com\)](#)

Der **Sanktionstracker von Correctiv.org** aktualisiert tagesaktuell, welche individuellen Sanktionen gegen wen verhängt werden und beantworten die wichtigsten Fragen zum Thema.

[Sanktionstracker – Alle Sanktionen gegen Russland im Live-Überblick \(correctiv.org\)](#)

Die **Atlantic Council Database** beobachtet die aktuelle Entwicklung der Russland-Sanktionen in verschiedenen Ländern und stellt diese anschaulich gegenüber. Über 13.000 Einzelsanktionen gegen Russland sind hier verzeichnet und recherchierbar:

[Russia Sanctions Database - Atlantic Council](#)

Der „**Food and Fertilizer Export Restrictions Tracker**“ verfolgt restriktive Maßnahmen für Lebensmittel und Düngemittel. Die Auswirkungen von Exportbeschränkungen auf der ganzen Welt werden als prozentualer Anteil der von Exportbeschränkungen betroffenen Kalorieneinfuhren der einzelnen Länder dargestellt. Der Tracker kann auch dazu verwendet werden, die aktuelle Situation mit der Lebensmittelpreiskrise 2007-2008 zu vergleichen.

[Food and Fertilizer Export Restrictions Tracker | Tool | Food Security Portal](#)

Spendenaufwurf der AHK/DIHK und des Ost-Ausschusses für die Ukraine

Gemeinsam mit einem großen Netzwerk ukrainischer Partner, mit welchem das Deutsch-Ukrainische Forum seit Jahren Hilfspakete an Bedürftige in der ganzen Ukraine verteilt, können wir helfen. Wir bitten Sie dazu um Spenden auf das Ukraine-Spendenkonto der Johanniter:

Spendenkonto:

Johanniter-Unfall-Hilfe e.V.,

BIC: BFSWDE33XXX

IBAN: DE94 3702 0500 0433 0433 00

Bank für Sozialwirtschaft

Stichwort: SupportUkraine

[Website zum Spendenaufwurf der Johanniter: Link](#)

+++ Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss: Exklusive Zugänge zu Entscheidern und Informationen+++

Die Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft steht allen deutschen Unternehmen sowie ausländischen Unternehmen mit deutschen Töchtern offen. Als Mitglied profitieren Sie von unseren exklusiven Zugängen zu den Regierungen in **29 Partnerländern Mittel- und Osteuropas**. Sie können zwischen Arbeitskreisen zu Ländern und Regionen und rund 200 Fachveranstaltungen im Jahr wählen und erhalten exklusive Informationspakete. Wir unterstützen Sie aktiv bei der Umsetzung Ihrer Projekte, bringen Ihre Fragen in bilateralen Regierungsarbeitsgruppen ein und nehmen Sie mit auf Delegationsreisen in unsere Region. Eine Mitgliedschaft ist günstiger als Sie vermuten und zahlt sich direkt aus. Werden Sie Teil eines starken Netzwerkes in der größten und ältesten Regionalinitiative der deutschen Wirtschaft! Weitere Informationen zu den Konditionen einer Mitgliedschaft finden Sie hier:

[Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft vertritt die Interessen der deutschen Wirtschaft in 29 Ländern im östlichen Europa und Zentralasien. Er begleitet wichtige wirtschaftspolitische Entwicklungen in den bilateralen Beziehungen mit diesen Ländern und fördert Handel, Investitionen und Dienstleistungstransfers deutscher Unternehmen auf den Märkten der Region.

Sie haben Ihr Interesse ausgesprochen, Informationen vom Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V. zu erhalten. Wenn Sie keine weiteren Newsletter zu Sanktionen erhalten möchten, antworten Sie bitte auf diese Aussendung mit dem Betreff „abmelden“. Lesen Sie unsere [Datenschutzerklärung](#).

Haftungsausschluss:

Die Update-Inhalte werden mit größter Sorgfalt erstellt und stammen aus seriösen und öffentlich zugänglichen Quellen.

Für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der Inhalte sowie für die im Update enthaltenen Links zu den externen Webseiten Dritter können wir jedoch keine Gewähr übernehmen. Das Update ist für interne Zwecke der Abonnenten und die Mitglieder des Ost-Ausschusses bestimmt. Eine Weiterleitung sollte nur nach Rücksprache mit uns erfolgen und geschieht in Eigenverantwortung.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.

Informieren ▪ Vernetzen ▪ Handeln



Andreas Metz | Leiter Public Affairs
A.Metz@oa-ev.de
T. +49 (0)30 206167-120
Breite Straße 29
10178 Berlin
www.ost-ausschuss.de

[in](#) [f](#) [X](#) [@](#) [▶](#)
@OstAusschuss